

Monopol oder Steuer? III.

(Patriotische Briefe von A. F.)

Das Salz war bekanntlich bis 1843 noch theurer als jetzt: bis dahin war der Monopolpreis 15 Thlr. pro Tonne und wurde erst, im Wege des Steuererlasses, von König Friedrich-Wilhelm IV. auf 12 Thlr. ermäßigt. Die in Anlaß dieser Ermäßigung gepflogenen Verhandlungen mit den damaligen „händischen Ausschüssen“ enthalten zu der jetzt wieder auf der Tagesordnung stehenden Frage höchst interessante Beiträge, die noch vermehrt wurden durch die Landtags-Verhandlungen von 1857, wo bekanntlich die Wiedererhöhung des Salzpreises von der Regierung beantragt wurde. Beide Häuser des Landtags lehnten damals den Vorschlag der Regierung ab, und namentlich das Herrenhaus mit besonderer Energie. Uns interessiert hier vor Allem die vom Finanzminister in der Sitzung der händischen Ausschüsse vom 21. October 1842 abgegebene Erklärung, daß die Motive der damaligen Salzpreis-Ermäßigung nicht nur in der überwiegenden Majorität der abgegebenen Landtags-Stimmen beruhten, sondern auch

„in der landesoäterlichen Absicht Sr. Majestät, durch diesen ersten Schritt eine künftige noch größere Minderung der Salzpreise vorzubereiten und so auch der ärmeren Volksklasse den Bezug eines unentbehrlichen Lebensbedürfnisses immer mehr zu erleichtern, ja, daß es seiner landesoäterlichen Gesinnung zur größten Genugthuung gereichen werde, wenn endlich die Salzsteuer ganz abgeschafft werden könne“.

Wir vertheidigen also, wenn wir uns hier gegen jede auch nur mögliche Erhöhung des Salzpreises durch Einführung einer neuen Belastung dieses „unentbehrlichen Lebensbedürfnisses“ erklären und sichern wollen, gewissermaßen ein königliches Verprechen, ein Vermächtniß Friedrich-Wilhelms IV., „an die ärmere Volksklasse“. Diese Rücksicht auf die ärmere Volksklasse gilt mehr als die Rücksicht auf etwa im Zollverein bestehende, die Ermäßigung des Salzpreises erschwerende Verhältnisse, auch mehr als Rücksichten auf Maximalsätze der Salzsteuer in Oldenburg und Hannover und auf das Gebot der augenblicklichen Finanzlage in Preußen. Hat Preußen die Salzaufgabe noch nötig — und wir wollen, angesichts seiner großen politischen Aufgaben für die nächste Zukunft nicht das Gegentheil behaupten oder befürworten — so mag es das Einkommen aus dem bisherigen Salzmonopol seiner Staatskasse auf andere Weise sichern. Mag z. B. — bis zu besseren Zeiten — die jetzige Staatseinnahme aus dem Salzmonopol fixirt und nach Verhältnis des Betrages auf die verschiedenen directen Staatssteuern und die Mahl- und Schlachtsteuer als Salzaufgabe-Zuschlag vertheilt werden; mögen die übrigen Staaten des norddeutschen Bundes in ähnlicher Weise verfahren: dann entgeht die neueste deutsch-nationale Reform-Wera allen Nachtheilen, welche eine provisorische — Verewigung der Salzaufgabe mit sich führen würde, Nachtheilen, welche sich durch eine Erhöhung des Salzpreises, wie sie voranschicklich bei einer Salzsteuer von 2 Thlrn. pro Centner eintreten wird, noch verstärken dürften.

Die Eventualitäten, welche Hoffmann in seiner „Rehre von den Steuern“ für den Fall einer Ermäßigung der Salzaufgabe auf 1 Thlr. pro Centner in Aussicht stellt, treten auch, wenn auch in geringerem Maße, bei der Einführung einer Salzsteuer von 2 Thlrn. pro Centner ein. In welchem Grade sie eintreten werden, kann keinem Sachverständigen zweifelhaft sein, wenn er einigermaßen zu rechnen versteht. Wir wollen hier nur andeuten, was ein gründlich und allseitig Sachverständiger bei unbefangener Urtheil gewiß bestätigen und noch besser in das Licht stellen wird als wir.

Im Durchschnitt der Jahre 1863/5 sind jährlich in Preußen Salz aller Art verkauft Centner 3,421,923. Was verkauft ist, muß angekauft sein; waren Vorräthe vorhanden, die in einem Jahre einen geringeren An- als Verkauf gestatteten, so mußte der Ankauf früher um so größer gewesen sein. Also An- und Verkauf, d. i. den Salzverkehr überhaupt, kann man nach dem verkauften Quantum dahin schätzen, daß ein gleiches Quantum auch angekauft werden muß. Dann hätte der gesammte Salzverkehr einen Umsatz (in An- und Verkauf) von 6,843,846 Centner. Für diesen Umsatz nun den Kostenaufwand des Salzmonopols angenommen, ergibt für das Jahr (1863/5)

an Ausgaben für	überhaupt	pro Ctnr.
	Thlr.	Egr. Pf.
1) Frachten	663,445	2 10,9
2) Tonnen und Säcke	368,075	1 7,5
3) Amts-, Salzwarntungslosten, Lagergeld u.	64,731	—
4) Däten, Reiseloosten, Druck- u. a. Bureaukosten	3,331	—
5) Vermischte Ausgaben	5,975	—
Rr. 3 bis 5 zusammen	74,037	— 3,9
6) Magazin-Arb. u. Böttcher, Verpackung	25,217	— 1,4

Die hier specificirten Transport-, Magazin-, Verpackungs- u. a. Kosten erforderten also bei der Monopol-Verwaltung nur 4 Egr. 11,7 Pf., oder rund 5 Egr. pro Centner. Wer aber nur einen oberflächlichen Begriff von dem Transport-Bedürfnisse des Salzes in Preußen hat, der wird sofort behaupten, daß die Frachtkosten von 2 Egr. 10,9 Pf. pro Centner viel zu niedrig sind. Wird aber der Verkehr in Salz bei freiem Handel nicht weit größer sein, als beim monopolisirten Handel, wird also der Frachtsatz pro Centner Salz nicht beträchtlich höher stellen, als oben nach dem Aufwande der Monopolverwaltung für Frachten? — Wehnlich verhält es sich mit allen übrigen Sätzen und wird dadurch jede Angabe Hoffmann's über Erhöhung des Salzpreises bei freiem Handel bestätigt.

Daß jedenfalls die Steuer von 2 Thlr. pro Centner in Preußen eine Erhöhung des Salzpreises herbeiführen wird, das läßt sich noch von anderer Seite außer allen Zweifel stellen.

Nach den Motiven zu dem betreffenden Gesetz-Entwurfe wird die preussische Staatskasse gegen den früheren Monopol-Gewinn bei Freigebung des Salzhandels und Salzsteuer von 2 Thlr. pro Centner rund 500,000 Thlr. Einbuße erleiden. Dieser Verlust der Staatskasse stellt gleichzeitig den Werth dar, welchen der Alleinhandel mit Salz für den Staat gehabt hat, und welchen der freie Salzhandel der Bevölkerung haben würde, wenn der Salzpreis nicht steigen und alle seine Factoren, als: Werth und Preis des Productes am Ursprungsorte, Frachten und sonstige Transportkosten, Verpackung, Lagerung u. s. w. u. s. w., bleiben sollten, wie sie bei der Monopolverwaltung waren. In jenen 500,000 Thlrn. würde sich Lohn und Gewinn des Salzhandels-Gewerbes darstellen. Wieviel betrüge denn nun dieses praemium et lucrum des Privat-Salzhandels pro Centner und noch mehr en détail pro Pfund Salz?

Wir haben oben, daß das Salzquantum, welches 1863/65 jährlich im Inlande in Verkehr, also in den Handel kam, einschließlich auch der billigeren (Gewerbe-, Landwirtschafts- u. c.) Salzsorten, 6,843,846 Ctr.

betrug. Auf dieses Handelsquantum würden sich nun die vom Fiscus bei Aufgabe des Salzmonopols preisgegebenen 500,000 Thlr. als Handelsgewerbe-Lohn und Gewinn vertheilen, d. h. es würden durchschnittlich noch nicht 27 Pf. auf den Centner und 0,27 Pf. auf das Pfund im Handel kursirenden Salzes kommen. Ist es wahrscheinlich, daß Groß- und Kleinhandel sich nur mit 0,27 Pf. Profit am Pfunde von ihnen ge- und verkauften Salzes begnügen werden? — Wir glauben dies nicht, so lange wir es nicht sehen, wir glauben vielmehr, daß allein der Großhandel mehr Spesen und Verdienst verlangen wird als 0,27 Pf. pro Pfund Salz, und daß der Kleinhandel schwerlich sich mit 1—3 Pf. Profit am Pfunde abfinden lassen wird.

Wie können nun die vom Fiscus dem freien Salzhandel angewiesenen 500,000 Thlr. genügen, den Salzpreis auf seiner bisherigen Höhe zu erhalten, geschweige zu ermäßigen?

Wodurch ist zunächst das Publikum sicher gestellt, daß die Staats-Salzwerke, welche bei Weitem den größten Theil des Salzbedarfes, wenigstens in erster Zeit nach Aufhebung des Monopols, decken werden, ihren Salzpreis nicht erhöhen, nicht dem Salzpreise der Privat-Salzwerke gleichstellen? Ist es nicht sogar Pflicht der betreffenden Administration, aus den Staatssalinen, wie aus allen andern Staatsgütern, den möglichst höchsten Reinertrag für die Staatskasse zu erzielen? Welche Gründe wären von fiscalischem und staatswirtschaftlichem Standpunkte anzuführen, daß die Staats-Salzwerke sich auch bei freiem Salzhandel mit dem verhältnismäßig geringen Reinertrage begnügen sollten, welchen sie unter dem Drucke der Salz-Monopolverwaltung erhielten? Es lag im Interesse der letzteren, die Productenpreise des Salzes überall so niedrig wie möglich zu halten; denn je weniger sie bei dem Ankaufe des Salzes verlor, um so mehr gewann sie ja bei dem Verkaufe. Wird sich dieser erfolgreiche Druck auf den Salzpreis am Ursprungsorte des Productes auch bei dem freien Salzhandel geltend machen? Wenn es der Großhandel ermöglicht, der Kleinhandel gewiß nicht! Es ist in dieser Richtung vollkommen begründet, was Hoffmann über den freien Salzhandel sagt: „Der bei Weitem größte Theil des Landes würde seinen Salzbedarf erst durch Vermittelung vieler Zwischenhände beziehen können und besonders würde sich der Kleinhandel des Absatzes in den kleinen Städten und Dörfern ganz bemächtigen; wie sehr aber dadurch besonders tägliche Bedürfnisse des gemeinen Mannes verteuert werden, ergibt sich aus Erfahrungen an andern Artikeln hinlänglich“.

Nach unserer Ansicht ist bei dem vorliegenden Gesetz-Entwurfe den Eventualitäten, welche die Aufhebung des Salzmonopols mit sich führen wird, nämlich Erhöhung des Salzpreises in allen seinen Factoren, Vermehrung des Schleißhandels an den Grenzen der Staaten mit niedrigeren Salzpreisen und von der See aus, Vertheuerung des Salzes für die von den Salzproductionsstätten entfernt liegenden Provinzen und kleineren Landestheile; Bevorzugung der Zollvereinsstaaten mit geringem Salzconsum bei Vertheilung der Salzsteuer u. c., nicht genügend Rechnung getragen. Von den beiden Uebeln: Salzmonopol und Salzsteuer von 2 Thlrn. pro Ctnr. bei freiem Salzhandel, ist die letztere offenbar das schlimmere und der gegenwärtige Stand der Salzbelastung der vorgelegenen Aenderung vorzuziehen. Am besten und rathsamsten wäre die völlige Beseitigung jeder Salzaufgabe. Darüber wollen wir uns in einem letzten Artikel aussprechen.

Breslau, 11. Januar.

Das Herrenhaus ist mit der Verstärkung der Mitgliederzahl des Abgeordnetenhauses aus Abgeordneten der annectirten Länder durchaus unzufrieden; es fürchtet, dadurch zu einer größeren Bedeutungslosigkeit als bisher herabzusinken. In dem jetzt erschienenen Berichte, dessen Referent Herr v. Kleist-Resow ist, heißt es:

Es war in der Commission eine Uebereinstimmung der Ansichten vorhanden, daß der im zweiten Hause gefasste Beschluß manchen Bedenken unterliege, aber die Meinungen gingen dahin sehr entschieden auseinander, daß ein Theil der Mitglieder annahm, die Gesamtverhältnisse forderten zwingend einen sofortigen Abschluß der vorliegenden Gesetzgebung, so daß jene Bedenken hinter dieser Forderung zurücktraten, der andere Theil dagegen sich weder von dieser zwingenden Kraft der Verhältnisse überzeugen noch jene Bedenken so gering anschlagen konnte, daß er ihnen nicht einen sein Votum bestimmenden Ausdruck geben zu müssen geglaubt hätte. Ein Mitglied erkannte das dringende Wünschenswerthe des Justanbelommens des Gesetzes an und war deshalb gern geneigt, Bedenken von geringerer Bedeutung fallen zu lassen, hielt einige derselben jedoch für zu gewichtig, um sie jenem Wunsche unterzuordnen. Da nun beide Ansichten in der Commission ziemlich gleich vertreten waren, so ist dies die Veranlassung gewesen, daß bei der Specialberatung der erste Paragraph des Gesetzes in der von jeder Seite vorgelegenen Fassung mit Stimmengleichheit verivorfen, die anderen Paragraphen dagegen mit 7 gegen 5 Stimmen angenommen, das so verfaßte Gesetz demnach aber einstimmig verworfen wurde.

Das zeugt von einer gar gewaltigen Spaltung und inneren Zerfahrenheit — jedoch das Herrenhaus mag sich trösten; derartige Spaltungen sind heut zu Tage an der Tagesordnung, in consensativen wie in demokratischen Vereinen; das sind Krisen, die überwunden werden müssen. Wer hätte vor einem Jahre geglaubt, daß das Ministerium Zustimmung im Abgeordnetenhaus und Opposition im Herrenhaus finden und daß die entschiedensten Reactionäre mit den entschiedensten Demokraten und umgekehrt zusammen stimmen würden! Welche interessante Verbrüderung in Süddeutschland: Ultramontanismus und Demokratie! Kehren wir zu dem Berichte des Herrenhauses zurück, so klagt derselbe weiter:

Die Vorlage betrifft nur die Ergänzung des Abgeordnetenhauses aus jenen Landestheilen, der des Herrenhauses geschieht keine Erwähnung. Soll das nicht gleichzeitig aus ihnen ergänzt werden, so ist es ein Unrecht gegen sie, weil ohne das ihre Vertretung verfassungsmäßig eine unvollständige bleibt, ein falsches Bild der Gesamtansichten des Landes giebt. Es ist aber eben so eine schwere Schädigung des Herrenhauses, weil ihm die lebendige Kenntniß der betreffenden Verhältnisse und damit die Kraft entgeht, ihnen den genügenden Rechtsschutz zu Theil werden zu lassen gegen etwa von der großen Mehrheit der Abgeordneten aus jenen Landestheilen dagegen gerichtete Angriffe. Jede solche Schwächung eines Theiles der Landesvertretung ist aber eine wesentliche Schädigung des ganzen Landes. Von einer Seite wurde bemerkt: namentlich der überwiegend zahlreichen ländlichen Bevölkerung, welche überdies nach den bisherigen Wahrscheinlichkeiten ihre Verhältnisse entsprechende Vertretung im Abgeordnetenhaus finde.

Gewiß, sehr ärgerlich — daß nicht auch die Mitgliederzahl des Herrenhauses verstärkt wird. Aber die Herren haben es ja nicht anders gewollt; sie haben ja mit Freuden den Beschluß des Ministeriums begrüßt, daß nunmehr die Zusammensetzung des Herrenhauses unabänderlich sei. Ferner heißt es:

Mit Bedauern sei es wahrgenommen, so wurde von verschiedenen Mitgliedern ausgeführt, in welche Stellung das Herrenhaus auch rücksichtlich

dieser wichtigen Vorlage gebracht werde, als ob nur die Ansicht des Abgeordnetenhauses zu berücksichtigen sei, und dies für sich allein schon die genügende Vertretung des Landes bilde. Schon habe das Herrenhaus — großentheils wegen des Zusammenhanges mit dem Gange der äußeren Politik — sich herbeigelassen, gegen das, was sonst als ein Princip gegolten, z. B. in dem Wahlgesetz des norddeutschen Bundes, dem Drängen der Staatsregierung nachzugeben, auch in der Bucherfrage habe sich die Majorität anders gestaltet; es sei eine Ehrensache für dasselbe, daß es über diese es selbst und das ganze Land tief berührende Bedenken nicht hinweggehe, ohne ihnen in seinen Beschlüssen Ausdruck zu geben.

Nein, wir sind nicht ängstlich; wir denken, das Plenum wird auch in dieser Beziehung nachgeben und, wenn es auch den Conflict mit dem Abgeordneten-Hause nicht scheut, doch den Frieden mit dem Ministerium in alle Wege zu erhalten suchen.

Im „Fr. Z.“ finden wir in Betreff der Militärkosten im norddeutschen Bunde folgende Zusammenstellung: „Wenn wirklich zur Friedensarmee ein Procent der Bevölkerung herangezogen und für jeden Soldaten 225 Thaler bezahlt werden sollten, würden sich die Leistungen dieser Staaten wie folgt berechnen. Es würden zu zahlen haben: 1) Weimar für 2802 Mann 630,450 Thlr., 2) Meiningen für 1780 Mann 400,500 Thlr., 3) Altenburg für 1419 Mann 319,225 Thlr., 4) Coburg-Gotha für 1645 Mann 370,125 Thlr., 5) Schwarzburg-Rudolstadt für 737 Mann 165,825 Thlr., 6) Schwarzburg-Sondershausen für 662 Mann 145,420 Thlr., 7) Reuß jüngere Linie für 864 Mann 194,400 Thlr., 8) Reuß ältere Linie für 438 Mann 98,550 Thlr. Im Ganzen würde dies über 10,000 Mann und über 2,300,000 Thlr. betragen. Bringt man dagegen den seitigeren Militäretat in den genannten Staaten in Rechnung, so ergibt sich, daß derselbe in Zukunft um mehr als das Doppelte sich erhöhen muß. Werden die Zelleinnahmen dazu verwendet, so würden diese noch lange nicht ausreichen; es würde z. B. Weimar noch über 350,000 Thlr. zuzulegen haben, während jetzt der ganze Militäretat dort 200,000 Thlr. kaum übersteigt. Wir werden morgen auf diesen Gegenstand zurückkommen.“

Ueber den Ministerwechsel in Baiern erhalten wir aus Berlin folgende Mittheilung:

3 Berlin, 10. Jan. Alle Bemerkungen, welche in süddeutschen Blättern an den bairischen Ministerwechsel geknüpft werden, legen Zeugniß dafür ab, daß die Berufung des Fürsten Hohenlohe als ein Erfolg Preußens zu deuten ist. Die Mittheilungen über das Programm des neuen Ministers äußern sich nur verschiednen in Betreff der Linie, bis zu welcher Baiern den Bestrebungen der norddeutschen Politik entgegengehe wird; eine entschiedene Annäherung Baierns an Preußen wird von keiner Seite in Frage gestellt. Andererseits ist nicht zu verkennen, daß Preußen nicht bloß bei den Friedensverhandlungen große Schonung gegen Süddeutschland bewiesen hat, sondern auch jetzt äußerst verhältnißlich und rücksichtsvoll nach jener Seite hin auftritt, wie schon die Heranziehung Baierns zu den Zollverhandlungen mit Oesterreich beweist. Daher ist es denn sehr begreiflich, daß der Ministerwechsel in München den österreichischen Staatsmännern schwere Sorgen macht. Jedenfalls ist der von Wien aus betriebene Plan, zwischen Oesterreich und den süddeutschen Staaten eine Bundesgenossenschaft als Gegengewicht gegen Preußen anzubahnen, vollständig über den Haufen geworfen. Man constatirt auch in Wien die Thatfache, daß die Anziehungskraft der norddeutschen Staatengruppe auf die süddeutschen Stammesgenossen wunderbar schnelle Wirkungen äbt, und klagt bereits über die Nachlosigkeit der durch die Mainlinie gezogenen Scheidewand.

Die Correspondenzen aus der Schweiz legen besonderen Werth darauf, daß Napoleon III. beim letzten Neujahrsempfange seine Genugthuung über die seitler zwischen der Schweiz und Frankreich herrschenden guten Beziehungen und die Hoffnung ausgesprochen hat, daß dieselben auch in dem laufenden Jahre keine Störung erleben würden. Was der Herr v. Banneville dem Bundes-Präsidenten in seiner Ansprache bei Ueberreichung der Creditnote als Nachfolger des Marquis Turgot auf dem Geschäftsposten in Bezug auf die schweizerische Neutralität gesagt habe, sei in seinem ausdrücklichen Auftrage gesagt worden. Man wird sich erinnern, daß Hr. v. Banneville, der sich übrigens nach Paris zurückbegeben hat, um erst im März seinen Posten wieder anzutreten, die Versicherung abgegeben hatte: „In Folge ihrer durch das europäische Staatsrecht garantirten neutralen Stellung habe die Schweiz, indem sie die mit dieser Stellung verbundenen Pflichten kenne und ausübe, für ihre Unabhängigkeit nichts zu fürchten.“ Wenn jene erneuerte Versicherung des Kaisers für die Schweiz jedenfalls sehr beruhigend sein muß, so hat man dagegen mit Recht bemerkt, daß in derselben doch nicht minder gleichzeitig der Wink für die Schweiz zu liegen scheint, unter allen Umständen nicht aus der ihr durch das europäische Staatsrecht angewiesenen neutralen Stellung herauszugehen.

In Italien ist jetzt besonders die Armeere-Reductions-Frage an der Tagesordnung. Aus den Worten des Königs bei der Neujahrsgelation will man bekanntlich schließen, daß eine eingreifende Verminderung des Kriegsbudgets nicht zugelassen wird. Einem parlamentarischen Conflict aber, der sich wegen des Militärbudgets zu entwickeln beginnt, wird, so behauptet man wenigstens, die Regierung dadurch am einfachsten zu entgehen suchen, daß sie eine Diverston gegen Rom macht. In dieser Hinsicht ist eine Mittheilung der „Albert“ über eine Aeußerung sehr merkwürdig, welche Victor Emanuel gleichfalls bei der Neujahrscour geschäftsweise gegen den Minister des Aeußeren, Visconti Venosta, gethan haben soll. Der Florentiner Correspondent des genannten Blattes will nämlich wissen, der König habe geradezu gesagt, er sei der Winkelsüge und Verschleppungen des römischen Hofes müde; all das müsse alsbald ein Ende haben; man müsse zu Pferde steigen und nach Rom gehen, wenn Rom nicht zu Italien kommen wolle. Der Correspondent berichtet, daß diese Aeußerung, obwohl sie in den florentiner Blättern nicht reproducirt wurde, doch in den politischen Kreisen der Hauptstadt alsbald bekannt geworden sei und einen außerordentlichen Eindruck hervorgerufen habe. Man wisse, daß Victor Emanuel, wenn er auch indiscret sei, doch niemals in's Blaue hineinrede und daß seine Aeußerungen noch stets durch die Ereignisse bestätigt worden seien.

In Betreff des bereits zurückgezogenen Entlassungsgesuches des Kriegsministers Cugia behauptet man jetzt, daß es keineswegs nur durch die Beschränkung des Armeebudgets, sondern weit mehr durch die von uns schon besprochene Veröffentlichung einer Depesche Ricafoli's im grünen Buche veranlaßt worden sei, worin Letzterer die sicilianischen Ereignisse vorausagt und dem Kriegsminister Vorsichtsmaßregeln an's Herz legt; da deren Unterlassung sich schwer gerächt, so ist dem General Cugia eine empfindliche Wölbe vor der öffentlichen Meinung durch Veröffentlichung dieser Depesche gegeben worden. Was übrigens Ricafoli betrifft, so hat derselbe durch die Proclamation seiner freisinnigen Ideen sich einen großen Einfluß auf die Deputirten gesichert. Unter Anderem hat er es dahin gebracht, daß die Art und Weise der Unterdrückung des Aufstandes in Palermo nicht discutirt werden, sondern

einfach den Tadel oder die Billigung des Parlaments erhalten soll. — Ueber den Stand der Verhandlungen mit Rom schreibt der „Moniteur“ in seinem Bulletin: „Die letzten Nachrichten aus Rom und Florenz constatiren die raschen Fortschritte, welche die dem Herrn Ronello anvertraute Unterhandlung gemacht hat. Man kann schon jetzt die Hauptschwierigkeiten, welche die Sendung des Herrn Bezzari hatten scheitern lassen, als beglichen ansehen, und die etlichen Punkte, welche noch freitrag sind, scheinen nicht geeignet, die endgültige Lösung noch lange hinauszuziehen.“ Eine römische Correspondenz der „Italia“ ergänzt diese Nachricht des amtlichen Blattes wie folgt: „Der Papst hat sich auf die Erklärungen gefügt, welche Baron Niccolini sel. in seinem Schreiben an die Bischöfe abgegeben hat. Nach diesen Erklärungen hält sich der heil. Stuhl für berechtigt, kraft des gemeinen Rechts die Bischöfe für die vacanten Sitze direct zu ernennen, ohne die Präsentation der Candidaten seitens der Regierung abzuwarten, und ferner die präconisirten Bischöfe nach ihren Discreten zur Bestimmung zu schicken, ohne daß die Regierung von ihnen das königliche Placet oder den Eid verlangen könne.“

Die Haltung Frankreichs in der orientalischen Frage hat sich in den letzten Tagen als keine veränderte zu erkennen gegeben. Herr v. Moustier hat indeß eine längere Unterredung mit dem türkischen Gesandten gehabt, dem das mehrfach erwähnte, der „Patrie“ zu Theil gewordene Dementi Besorgnisse einflößte. In wohlunterrichteten Kreisen will man bemerkt haben, daß der — einen Augenblick allmächtige — Einfluß des Herrn v. Rouher in dem Maße abnimmt, als der Herr Kaiser in der Kaiser wieder wächst. — Was das Verhältnis der französischen Regierung zu Spanien betrifft, so scheint dieselbe mit den letzten dort stattgefundenen Ereignissen ganz zufrieden zu sein, da sie, und dies ungeachtet der Geldnoth, gestattet, daß eine gewisse Anzahl ihr ganz ergebener Finanziers eine neue spanische Anleihe von 90 Millionen auf den Pariser Geldmarkt bringt. Das officiële „Pays“ feuert Narbaez zur größten Energie an. Es meint, daß, da er Spanien aus seiner jetzigen Lage reißen wolle, er sich durch nichts irre machen lassen dürfe. Ein Staatsstreik sei eine gefährliche und schmerzliche Operation; man könne sie vornehmen, wenn es die Nothwendigkeit erfordere, aber der Kranke dürfe dann nicht unter den Händen des Operateurs zu Grunde gehen.

Sichtlich der schon gestern besprochenen Artikel Edgar Quinet's bemerkt man mit Recht, daß derselbe in der Ansicht, daß die Größe Deutschlands zu derjenigen Frankreichs in unvereinbarem Gegensatz steht, mit der clericalen Presse und jenem Theile des französischen Bürgerthums höchst merkwürdig übereinstimmt, welcher in der „Revue des deux Mondes“ seinen Ausdruck findet, wenn er sich auch von seinen unnatürlichen Bundesgenossen hinsichtlich der Mittel, durch welche die Frankreich vom Rhein her bedrohenden Gefahren abzuwenden seien, sehr schroff absondert. Der „Monde“ gefällt sich noch immer darin, den innern Zusammenhang zwischen den Thaten der preussischen Armee und der Hegel'schen Philosophie zu subiren. Bismarck und Hegel haben bei Sadowa gesiegt, und es geht von dort eine der katholischen ganz entgegengekehrte Cibilisation aus, von welcher Herr Coquilley, der Hauptredacteur des clericalen Blattes, freilich ein ziemlich seltsames Bild entwirft. Er sagt u. A.:

„Die neue Macht Preußens läuft natürlich in das Militärregiment aus. Im Grunde genommen ist die militärische Lächlichkeit auch die eigentliche Tugend der Deutschen. Ihre Gelehrten lauen ihr ganzes Leben lang griechisch und lateinisch, ohne die einfache Nahrung binunterzulesen zu können; trotz einer unermüdbaren Arbeit haben sie sich das Wesen der Griechen und Lateiner so wenig zu eigen gemacht, daß ihre Ideen heute noch so dunkel und verworren sind wie vor hundert Jahren. Weber in Gedanken noch in der Sprache besitzen sie Eleganz und Klarheit. Die deutschen Denker haben keine Ideen! sie träumen. Wenn man Goethe, ihren berühmtesten Schriftsteller, liest, so glaubt man einen indischen Philosophen zu lesen. Die Franzosen dagegen, die Lateiner und namentlich Griechen sind, auch wenn sie nur französisch verstehen, schauen ganz verduzt auf den deutschen Genius, der ihnen unverständlich ist. Diese angeblich: deutsche Cibilisation, mit der man die lateinischen Völker bedroht, wird weiter nichts als eine schwere Säbelherrschafft, also eine neue Barbarei sein.“

In England findet die angekündigte Massen-Demonstration der Reformfreunde, welche am Eröffnungstage des Parlaments in Scene gesetzt werden soll, vor der Presse noch sehr wenig Gnade. Auch „Daily News“ will nichts davon wissen. „Von wem er auch immer ausgehen mag“, schreibt dieselbe, „der Rath, in Masse nach Westminster zu gehen, ist gefährlich. Diejenigen, die ihn etwa befolgen sollten, würden sich in eine Stellung begeben, in der ihre besten Freunde es unmöglich finden würden, ihnen beizustehen. Das Volk, wir vertrauen darauf, ist heute klüger als vor achtzehn Jahren und wird

dießmal nicht wieder unbewußt seinen Feinden in die Hand arbeiten.“ — Ueberdies hebt „Daily News“, gleich der „Times“, hervor, daß die projectirte Demonstration verfassungswidrig und ein Angriff auf die Würde und Unabhängigkeit des Parlaments wäre.

Aus Spanien liegen im Ganzen nur dürftige Nachrichten vor. Der Madrider „Tempo“-Correspondent scheint keine große Hoffnung zu haben, daß die Dinge sich bald ändern werden. Narbaez selbst wird, so glaubt er, bis zum 1. Juni im Besitze seiner außerordentlichen Gewalten bleiben, weil vorher die neue Kammer diesen Punkt nicht in Verathung wird ziehen können. Was die Protestation anbelangt, welche die Deputirten der Königin überreichen wollten und welche die Maßregeln gegen sie hervorrief, so wurde, wie der „Tempo“-Correspondent ferner meldet, dieselbe schon seit vier bis fünf Wochen vorbereitet. Sie war ein öffentliches Geheimniß; und Narbaez hatte daher in aller Ruhe seine Vorsichtsmaßregeln treffen können. Die „Liberté“ enthält nun folgenden Bericht unter dem Datum des 5ten: „Der geheime Druck der Auseinandersetzung an die Königin hat aus diesem Actenstücke eine wahre Proscriptionsliste gemacht. Die Herren Verga, Armiño, Canovas del Castillo, Ulloa und mehrere Andere sind aufgeführt worden, ihre Urtheile schriftlich anzuerkennen. Die Auseinandersetzung zählt 123 Namen; es sind eben so viel Verbannungs-Decrete. Dieser Lage herrschte eine gewisse dumpfe Aufregung in der Stadt; zu einer Manifestation kam es jedoch nicht. Einige Artillerie-Sergeanten wurden verhaftet. Man hat eine Proclamation, die sich durch ihre Äußerungen und ungerechten Anspielungen auszeichnet, in Masse vertheilt. Der Kampf der Parteien unter sich übersteigt alles, was man sich denken kann.“

Deutschland.

— Berlin, 10. Jan. [Aus den Commissionen des Abgeordneten-Hauses.] Im Abgeordneten-Hause berathet heute die vereinigte Finanz- und Handelscommission das Gesetz über Aufhebung des Salzmonopols und die Einführung einer Salzsteuer. Die Regierung war vertreten durch den Geh. Finanzrath Scheele und den Ober-Berghauptmann Krug v. Nidda. Als Referenten fungirten für die Finanzcommission Abg. Krieger (Berlin) und für die Handelscommission Abg. Dr. Hammacher. Ref. Abg. Krieger (Berlin) gab zunächst eine Uebersicht über die früheren Verhandlungen hinsichtlich der Aufhebung des Salzmonopols und stellte in folgender Weise die in Betracht kommenden Gesichtspunkte auf: I. finanzielles Ergebnis für Preußen, II. Folgen für Verkehr und Gewerbe, III. Verhältnis zum Zollverein, IV. die Frage: inwiefern das Salz als Steuerquelle für den norddeutschen Bund anzusehen ist. V. Künftige Stellung der Privatfallinen, der letzte Punkt ist für den Schluß der Debatte vorbehalten, der zweite dem Referenten der Handelscommission überwiesen, der dritte und vierte aber erst zu erörtern, wenn die Auffassung der Regierung bekannt geworden. — Für das finanzielle Ergebnis kommt die Einnahme der Staatskasse und die Belastung der Steuerpflichtigen in Betracht. In Bezug auf die Staatseinnahmen ist anzuerkennen, daß nach den jetzigen Berechnungen allerdings ein Ausfall von etwa einer halben Million zu erwarten, jedoch zu hoffen sei, daß durch eine Ermäßigung der Verwaltungskosten eine Verminderung dieses Ausfalles eintreten werde. Die Belastung beträgt gegenwärtig etwa 10 Sgr. pro Kopf der Bevölkerung; dieser Betrag würde sich durch Einführung des Gesetzes vermindern, dennoch würde der Salzpreis kein gleichmäßiger sein, weil die Bezugsquellen zu verschiedenartig durch Lage u. zu den Bezugsquellen sich gestalten. Die Mehrheit der Nation würde allerdings billigeres Salz essen. Man könnte noch fragen, ob nicht durch Contingentirung der Steuer nach der Kopfquote ein Schutz gegen die Steigerung der jetzigen Belastung — geschaffen werden könnte. — Anträge wollte der Ref. für jetzt unterlassen, jedoch vorläufig bemerken, daß § 2, welcher dem Finanzminister die Strafgesetzgebung überweist, nicht annehmbar sei. — Ref. Abg. Dr. Hammacher giebt letzteres auch seinerseits zu und erklärt auch die Motive für zu knapp, um schon jetzt Anträge zu stellen. Im Allgemeinen sei das Gesetz als ein großer Fortschritt zu begrüßen, namentlich wenn das Salz zu gewerblichen und landwirtschaftlichen Zwecken absolut steuerfrei sein soll. Das Odium der Controle bei der Monopol-Verwaltung — falle weg, der Handel gedeihe besser in den Händen von Privaten als in denen der Regierung, namentlich sei eine Verminderung der Transportkosten und eine

Erleichterung der Verpackungart zu erwarten. Die Regulirung der Verhältnisse der Privatfallinen werde nach dem Gesetze von Angebot und Nachfrage leicht erfolgen. Ref. schlägt eine Cooperation der Salinen-Verwaltung mit dem Finanzministerium auch bei Erhebung der Steuer vor. Der etwaige Widerspruch der süddeutschen Staaten würde event. zu beseitigen sein, wenn die Steuer nicht so hoch gegriffen wird. Schließlich müsse die Bergwerksteuer vom Salz fortfallen. Reg.-Commissar Geh. Finanzrath Scheele überreicht einen Vertragsentwurf, welcher die Zollvereins-Staaten zu vereinbaren ist, und erklärt, daß bevor die Vereinbarung herbeigeführt ist, die Regierung nicht in der Lage sei, die erforderlichen Schutzmaßregeln zum Gesetze zu treffen, es sei indessen der Consens aller Vereinststaaten über Einführung der Salzsteuer ziemlich sicher vorauszusetzen; Süddeutschland gegenüber sei dabei ein Betrag von 2 Mtrn. nicht zu hoch, sondern eher zu niedrig gegriffen. Das Pfund Salz kostet jetzt in Preußen 1 Sgr. 4 Pf., die Steuer betrage dabei 8 Pf. pro Pfund, in Zukunft werde sie 7 $\frac{1}{10}$ Pfennige betragen. Der Preis werde sich außerdem dadurch ermäßigen, daß die bei der Monopol-Verwaltung unerschlichen unproduktiven Ausgaben fortfallen. Das Verhältnis zu den Privatfallinen biete keine unüberwindlichen Schwierigkeiten. In Bezug auf das Salz zu gewerblichen Zwecken sei die Absicht, die möglichen Begünstigungen eintreten zu lassen; auch die Control-Abgabe mit 2 Sgr. pro Centner sei nur vorläufig in Aussicht genommen. — Auf Antrag der Abgeordneten Reichheim und Dr. Löwe wird die Debatte auf morgen vertagt, da inzwischen die Mitglieder sich über den vorgelegten Vertrags-Entwurf informieren müßten. — Die Justiz-Commission berathet heute über den bekannnten Antrag, betreffend die Ueberweisung der politischen und Preßproceße an die Schwurgerichte. Als Reg.-Commissar fungirte der Geh. Justizrath v. Schelling, als Referent Abg. Rohden. Letzterer ist der Ansicht, daß der Antrag eine Verfassungs-Änderung im Art. 94 involvire. Die Frage, ob es möglich sei, den Antrag zu berathen, falls zur Erledigung desselben eine Verfassungs-Änderung erforderlich wäre, wurde seitens der Commission verneint, vielmehr u. A. von den Abgeordneten Simson, John, Rohden, Elen und auf das Bestimmteste der Grundfatz festgehalten, daß eine neue Gesetzgebung nur im Einklange mit der Verfassungs-Urkunde vorgenommen werden könne und daß, wenn ein der Verfassung widersprechendes Gesetz nothwendig werden sollte, dasselbe nur erlassen werden könne, wenn vorher die Verfassungs-Änderung auf dem Wege des Art. 107 beschlossen und als Gesetz publicirt sei. Dieser Grundfatz wird von der Commission mit allen gegen eine Stimme angenommen. Die Frage, ob zur eventuellen Annahme des in Verathung stehenden Antrages eine Änderung der Art. 94 und 95 der Verfassung erforderlich sei, ward hierauf discutirt. In Betreff des Art. 95 wurde dies verneint, dagegen suchten namentlich die Abg. Rohden, Elen und v. Kirchmann darzutun, daß es für Art. 94 erforderlich. Dieser Ansicht schloß sich die Mehrheit der Commission (7 gegen 4 Stimmen) an. In der morgenden Sitzung will die Commission die Frage erörtern, ob sie die erforderliche Abänderung der Verfassung getrennt von dem Antrage auf ein Specialgesetz bei dem Hause beantragen soll. — Die Handelscommission stellte den Bericht über die Porto-Ermäßigung fest. — Gemeinde- und Unterrichts-Commission standen von Beratungen ab, erstere, weil sie nicht beschlußfähig, letztere, weil kein Reg.-Commissar erschienen war.

— Berlin, 10. Jan. [Die Westmächte und die russischen Pläne in Polen.] Es war vorauszusetzen, daß die neuesten Schritte des Petersburger Cabinets zur Einberlebung Polens in den Verwaltungs-Organismus Rußlands nicht ohne Kundgebung tiefen Mißbehagens von Seiten Englands und Frankreichs vor sich gehen wird. Vor einem wirklichen Proteste der Westmächte ist bis jetzt nichts gehört worden, obgleich die Absichten Rußlands schon seit geraumer Zeit bekannt waren und durch die Bräuterei „Independance“ bereits vor einigen Wochen in aller Form angekündigt worden sind. Dagegen läßt sich in der Presse beider Ränder der Groll gegen Rußland ziemlich lebhaft vernehmen. Die Polemik der englischen Blätter bewegt sich in zwangloseren und leidenschaftlicheren Wendungen; aber die Bestimmung der öffentlichen Meinung in Frankreich hat unbesreitbar einen ernsteren Charakter. Im Allgemeinen haben die Kundgebungen Englands zu Gunsten der Polen, soweit sie nicht einfach aus der Gegnerschaft gegen Rußland entsprangen, fast nur die Bedeutung idealer Floskeln gehabt, mit denen die Partei-

Theater. — Concert.

Von den zwei für gestern (Donnerstag) angekündigten Novitäten konnte die eine, die Operette „Die schöne Galathée“, wegen eines Krankheitsfalles nicht zur Aufführung gelangen. Das neue Lustspiel aber, das man an demselben Abend gab („Rach's freit, hat nie geredet“ von Max Schmidt), leidet selbst an so schwerer Krankheit, daß an kein Aufkommen zu denken ist. Es ist ein weit verbreitetes Uebel unter den modernen deutschen Lustspieldichtern, daß sie nicht nach Beobachtung des Lebens, sondern der Bühne schreiben, wir meinen, daß die von ihnen erfundenen Gestalten und Verwickelungen eine vollkommene Unmöglichkeit und nirgends anders als auf der Bühne vorhanden sind. Ein Vorgang, wie in diesem neuen soi-disant „Lustspiel“, ist absolut sinnlos, und der Autor kann dabei nichts weiter im Sinne gehabt haben, als sich selbst einen Spaß zu machen. Soll ein solcher Scherz aber dem Publikum vorgeführt werden, dann muß er wenigstens in dem Gewande eines tollen übermäßigen Humors auftreten und wir acceptiren ihn alsdann auch gern, sei es auch nur als „höheren Witz“. Den ihren Unsinns jedoch mag Jeder für sich behalten.

Die jüngste Gastrolle des Fräulein Orgéni war die „Leonore“ im „Troubadour“ und die Sängerin entwickelte auch hier wieder eine so glänzende Kunstfertigkeit, daß ihr der reichste Beifall zu Theil wurde. Die Leistung gipfelte, wie uns von fachverständiger Seite berichtet wird, in dem Duett des letzten Actes, dem wir nicht mehr beiwohnen konnten. Frä. Orgéni erhielt nach dieser Nummer mit Herrn Robinson, der hinreichend schon an diesem Abend sang, einen Hervorruf bei offener Scene. Ebenso hatte sich Frä. v. Zawisza, die sehr gut bei Stimme war, der lebhaftesten Anerkennung zu erfreuen. Von dem Krampfanfall, der sie kurz vor Schluß betroffen, hat sich die geschätzte Künstlerin bereits so weit erholt, daß wir ihre Mitwirkung in der morgen (Sonntag) stattfindenden Benefiz-Vorstellung des Herrn Regisseur's Stagemann zu erwarten haben. Wir empfehlen diese Vorstellung um so angelegentlicher, als sie sämtliche bedeutenden Kräfte unseres Opern-personals in einem großen Concert unter Leitung des Herrn Dr. Damrosch vereint und nächstem auch eine vielgenannte komische Operette „Die schöne Galathée“ vorführt.

Die Theaterkapelle unter Leitung des Herrn Musikdirector Blecha erfreute uns im jüngsten Donnerstagsconcerte durch eine sehr saubere Ausführung von Mendelssohn's Symphonie in A-dur, der sogenannten „italienischen“, die man gerade nicht häufig zu hören bekommt, so wie durch die interessante, sehr selten aufgeführte Ouverture zu „Al-Baba“ von Cherubini. Man erfährt daraus, daß sich schon dieser ältere Meister ganz vorzüglich auf die Schlag-Instrumente verstanden hat.

(in 6 Heften jährlich 1 Thlr. 20 Sgr.), auf welche die Br. Jtg. bereits vor einigen Wochen aufmerksam gemacht hat und von welcher nun das erste Heft herausgegeben ist. Es enthält dies den ersten Theil einer längeren Reihe von Aufsätzen „zur Frage der Lehrerbildung“ und betrachtet in diesem Theile die Realschule als Vorbild des Seminars für Volksschullehrer. Ferner bietet es einen vortrefflichen historischen Aufsatz: „Die Entwicklung des Leipziger Schulwesens, ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Pädagogik“. Endlich finden wir darin 2 Rezensionen, a) über Dr. A. Wittfoth's Geschichte der deutschen Pädagogik (1866) und b) über A. Lylors Industrie und Schule, deutsch bearbeitet von B. v. Gugler. Es sind die hier genannten Aufsätze und Kritiken eine vorzügliche Erläuterung des zur Einleitung dienenden Wortes: „Was wir wollen“. Dies Wort der Verständigung der Herausgeber mit den Lesern dieses Blattes hat uns wahrhaft erquickt, denn es hat uns in der Ueberzeugung bestärkt, daß der Geist Dichterswegs und der anderen wackeren Vorläufer für ein freies deutsches Schulwesen in den deutschen Lehrern sich kundgibt, wo diese, unbeengt von aus fern Rücksichten, frei ihre Stimme erheben. Die Herausgeber der Leipziger Blätter erkennen zwar die Fortschritte an, welche die Pädagogik von Pestalozzi bis auf Diewerweg gemacht hat; aber sie sind andererseits überzeugt, daß gerade in unseren Tagen die Weiterbildung der Volkserziehung hinter den Forderungen einer freisinnigen Erziehungswissenschaft sowohl, als einer freisinnigen Politik auffällig zurückbleibt. Denn mehr als je ist gerade jetzt die Selbstständigkeit der Schule gefährdet, von verschiedenen übermächtigen Gewalten bedroht. „Auf der einen Seite wird sie noch immer in der alten Weise von der Kirche bebormundet, auf der anderen Seite wird sie von der Industrie so entschieden in das Stoffliche hineingerissen, daß die Masse des zu Erlernenden kaum zu bewältigen ist. Und die wenigen Stunden, die etwa dem erziehlichen Unterrichte zu freier Bewegung übrig bleiben, werden von dem Regierungssysteme beunruhigt, damit die Schule die zeitweilige Politik gerade dieses Systems bereue.“ Der Lehrerstand wird oder soll eine Maschine sein und spielt so inmitten eines hochcultivirten Volkes eine bemitleidenswerthe Rolle. Die „Leipziger Blätter“ folgen den altbewährten Grundfätzen der Pädagogik in allen ihren Consequenzen, daß die Jugend zu klarem Denken und stiller Beredlung geführt werden müsse, daß man die Lauterkeit und Wahrhaftigkeit der kindlichen Natur wie ein heiliges Kleinod zu hüten habe, daß die Erziehung eine naturgemäße, der Entwicklung des menschlichen Geistes stetig folgende sein solle, daß der Unterricht im Kindesalter nur eine allgemeine Vorbildung für das Leben, nicht eine einseitige Abdringung sein dürfe. Vor allen Dingen muß der Stand der Lehrer und Erzieher des Volkes zur Selbstständigkeit gelangen. Die bisherige Abhängigkeit dieses Standes laßt wie ein Alp auf den Gemüthern der Lehrer. „Gedrückt äußere Verhältnisse, ewiges Zurückdrängen auf einen unwürdigen, von aller Theilnahme am öffentlichen Leben entfernten Standpunkt ersuchen das Manneswort zugleich mit der unbefangenen Einsicht in die höchsten Aufgaben des eigenen Berufes.“ Die Wenigen, welche es wagen, ihre innerste Ueberzeugung auszusprechen, werden angefaßt wie Wunder. Damit fällt denn natürlich auch die Begeisterung für das Lehren und Erziehen, das Erbtheil Pestalozzi's; die materialistische Richtung der Zeit steht auch den Lehrern an; die Sorge für eine anständige Existenz macht ihn zum Stundengeber, zum Industriellen; in handwerksmäßiger Beschäftigung mit Unmündigen stirbt er dem hohen Ziele ab, das er sich gesteckt hatte.“

Die „Leipziger Blätter“ wenden sich auch an die Eltern und die Freunde der Erziehung, sie wollen die Theilnahme der Gebildeten aller Stände für die Erziehungslust zu gewinnen suchen (wie dies in den ersten Decennien dieses Jahrhunderts — zum Segen vor allen Dingen des preussischen Staates — in so reichem und schönem Maße der Fall war), auf daß wir hoffen können, daß die Vertreter des Volkes die Sache der Volkserziehung endlich, ebenso

angelegentlich vertheidigen werden, wie andere Rechte und Besitztümer“, daß es weiterhin unmöglich ist, daß hochcultivirte Staaten gar kein Unterrichts-gesetz haben, daß man, nicht länger die wichtigsten Angelegenheiten des Volkes, seine Erziehung, durch Regulative und Verordnungen belagern lassen wird, während man auch das kleinste materielle Besitzthum durch Gesetze zu sichern sucht.“

Die „Leipziger Blätter“ begehren und erstreben die Beachtung der Communal- und Staatsbehörden. Die Pädagogik, welche allerdings keine bloße Hilfs-wissenschaft der Politik oder der Theologie ist, wird darüber entscheiden, inwiefern die Erziehung eine nationale, volksthümliche sein soll, wie der Geschichtsunterricht beschaffen sein muß, inwiefern sie der Kirche und Politik dienen könne, ohne ihr innerstes Wesen aufzugeben. Die Leipziger Blätter erschließen sich solchen Beprehungen. „Unsere Leser, unsere Mitarbeiter sollen in unseren Blättern nicht ein literarisches Unternehmen finden, sondern sie sollen an dem Kampfe für die Freiheit der Erziehung theilnehmen. Das ist es, was wir wollen!“ Dies ist das Programm der „Leipziger Blätter“, welche hiermit zu allgemeiner Beachtung empfohlen sein mögen.

△ Geschichte des Weins und der Trinkgelage von Dr. Rudolf Schülke. Berlin. Nicolaische Verlagsbuchhandlung. 1867. Niemand hat der Mensch die weise Maßigkeitslehre des Coniucius befolgt, der da meinte, daß grober Reis als Speise und Wasser als Trank und der gekrümmte Arm als Polster anrücken zum irdischen Glück. Der Mensch hat immer nach einem Neuzmittel verlangt, der Muth um der Verachtung selbst willen, der Europäer des geselligen Besammenseins halber. Das vorliegende Buch ignorirt die übrigen geistigen Getränke als unwesentlich in Bezug auf den Stand der Cultur, nur der Bau der Rebe, die Bereitung des Weins sind Begleiter fortschreitender Bildung. Die Pflanze der Rebe und die Weinbereitung beginnen weit vor aller historischen Zeit, wo nur immer ein Volk im Alterthum auftaucht, immer kennt es den Wein. Auch die Trinkenheit und der Rauschammer sind gerade so alt wie der Wein selbst. Im vorliegenden Werke lernen wir in treuer, oft humoristischer Weise die Gebräuche bei den Trinkgelagen fast aller Völker kennen, besonders auch die Sitten unjener Nation in dieser Beziehung. „Unmäßigkeit im Trinken ist ein alt nationales Laster der Teutonen.“ Wer also wissen will, wie die Chinesen, die Araber, die Perler, die Egyptianer, die Hebräer, die Griechen, die Römer, die Franzosen, die Engländer und die Deutschen poculirt haben und noch poculiren, dem empfehlen wir das interessante Schriftchen zur Lectüre.

8. [Leipziger Blätter für Pädagogik, herausgegeben vom pädagogischen Vereine zu Leipzig.] Unter diesem Titel erscheint seit dem 1. Januar d. J. bei Brandt'scher in Leipzig eine pädagogische Zeitschrift

föhre auf der parlamentarischen Tribüne oder auf diplomatischem Posten freigeigig waren, um den Neigungen des britischen Volksgelites zu schmeicheln. Für Frankreich hat die Polenfrage seit Jahrhunderten Fleisch und Bein gehabt. Kein Vorwurf ist von französischen Geschichtsschreibern einstimmig gegen den ersten Napoleon erhoben worden, als daß er die Wiederherstellung des Polenreiches verabsäumt hat, und in allen Volksbewegungen seit jener Zeit hat die Agitation für Polen eine hervorragende Rolle gespielt. Bei den Anläufen zu einer diplomatischen Intervention gegen Rußland, welche im Jahre 1863 unternommen wurden, stand unzweifelhaft Frankreich an der Spitze der Bewegung; aber Napoleon III. entschied sich schließlich für den Rückzug, als er sich überzeugte, daß er von England und Oesterreich keine hinlängliche Unterstützung zu erwarten habe und nicht ohne eigene Gefahr mit den polenfreundlichen Gefühlen des französischen Volkes spielen dürfe. Auch jetzt ist die Stellung des Tuilerien-Cabinet's den Maßnahmen der russischen Politik gegenüber nicht ohne Schwierigkeit. Der Unmuth der Franzosen macht sich in allerlei Kundgebungen Luft, obgleich die Presse an einer freien Meinungsäußerung gehindert ist. Als eine wahrhaftig künstlich erzeugte Verirrung der öffentlichen Meinung ist die Behauptung hervorzuheben, daß Rußland zu seinem neuesten Schritte durch ein Abkommen mit Preußen ermutigt worden sei. Das Vorgehen der russischen Politik ist seit langer Zeit vorbereitet; mit der Niederlage der letzten polnischen Insurrection und mit dem Zerfall der im Jahre 1863 versuchten Tripel-Allianz war das Schicksal Polens besiegelt. Rußland hat für die Ausführung seiner Pläne nicht einen Pact mit Preußen, sondern einen günstigen Zeitpunkt abgewartet und glaubt denselben jetzt gefunden zu haben, wo die Diplomatie sich kaum noch mit Anstand auf die Verträge von 1815 berufen kann und wo alle Großmächte für wichtigere Dinge Sorge zu tragen haben, als für die polnische Autonomie in Rußland. Was in den Gemüthern der Franzosen wurmt, ohne daß es klar ausgesprochen wird, ist die Ueberzeugung, daß Rußland schwerlich so kurzen Proceß mit Polen machen würde, wenn Frankreich die Reizung und die Macht zu einem entschiedenen Auftreten dagegen hätte.

Berlin, 10. Jan. [Aus der Bundesconferenz. — Ueber das Geheimniß des Verfassungsentwurfs. — Graf Bismarck und die Beamtenwahlen.] Uebelwollende Stimmen des Auslandes haben die Bundesconferenzen durch die Kenntniz einzelner Bevollmächtigten in ein Stadium der Zersplittertheit kommen lassen, das nicht ferne von dem Ausbruch derselben gelegen hätte. Dem ist nicht so, wie uns von guter Hand mitgetheilt wird. Die Ursache des ansehnlichen Stillstandes liegt vielmehr in dem bisher übersehenen Umstande, daß die Discussion sich noch immer in den allgemeinen Vorfragen bewegt, wegen denen mehrere Rückfragen an die Regierungen nothwendig geworden sind. Ich kann Ihnen positiv versichern, daß die Specialdiscussion des Entwurfs noch gar nicht angefangen. Damit fallen die gestrigen Gerüchte von der begonnenen artikelweisen Abstimmung. Ich hatte gestern Gelegenheit zu erfahren, daß Legationrath Bucher Protocollführer der Conferenz ist. Die Protocolle jeder Sitzung muß der Protocollführer, der sich in der Sitzung seine Notizen macht, Abends oder Nachts redigiren und am folgenden Morgen vorlesen, worauf das Protocoll unterzeichnet wird. Es ist eine völlig passive und mühsame Thätigkeit, die aber dem jungen Legationrath, wenn er sie zur Zufriedenheit der Conferenzmitglieder zu erfüllen versteht, nach dem Schlusse der Conferenzen wahrscheinlich auf einmal eine ganze Tasche voll Orden bringen wird. Bestenfalls hat der Protocollführer der Fürstencorferenz von 1850, Obertribunalrath Blücher, damals für ähnliche Arbeit solchen Lohn erhalten. Der Umstand, daß bisher wenig Aufheißendes und Zusammenhängendes über den Entwurf bekannt geworden ist, beweist deutlich, daß die Veröffentlichung desselben nicht im Interesse der Kleinstaaterei liegt. Sonst würden wir den Entwurf längst in einer Hansesstadt oder im Großherzogthum Hessen haben aufstauen sehen. Uebrigens ist sicherem Vernehmen nach jedem Conferenzmitglieder nur ein einziges Exemplar des Entwurfs mitgetheilt worden. Von anderer Seite behauptet man, man mache aus dem Entwurf deshalb ein so strenges Geheimniß, um nicht durch ihn den oppositionellen Parteien Einigungspunkte zu liefern. — Graf Bismarck lehnt, wie Sie schon erfahren haben werden, grundsätzlich ein Mandat zum Reichsparlament ab, weil er mit dem Princiv,

daß ein Beamter nicht zugleich Abgeordneter sein soll, praktisch den Anfang machen will. Es ist keine Frage, daß in diesem Punkte sämmtliche von ihm abhängige Beamte sich nach diesem Vorgange auch schon jetzt zu richten haben werden.

Der Erzbischof von Posen und Gnesen, Graf Ledochowski, ist hier eingetroffen, um dem Könige beim Jahreswechsel seine Huldigungen darzubringen. Derselbe hat natürlich bei Hofe und in allen Regierungskreisen die freundlichste Aufnahme gefunden, denn man zollt seinem Verhalten allgemeine Anerkennung, man ehrt seinen verschönlchten Geist, mit welchem er bemüht ist, die Bande zu befestigen, welche die Bewohner der Provinz Posen an das preussische Königshaus fesseln, und erkennt diese wackeren Bestrebungen um so lieber an und legt um so mehr Gewicht darauf, als bis jetzt das Verhalten der katholischen Oberbirten jener Provinz viel zu wünschen übrig gelassen.

Das Thurn und Taxis'sche Postmonopol. Wir haben schon vor einiger Zeit berichtet, daß die Unterhandlungen des Berliner Cabinet's mit dem Fürsten von Thurn und Taxis wegen Ueberlassung seines Postmonopols an Preußen mit großem Eifer betrieben werden, um den Vertrag womöglich noch in der diesmahligen Session dem Landtage vorlegen zu können. Auch mit den Staaten des norddeutschen Bundes, welche noch eigene Postverwaltung haben, werden zu gleichem Zwecke Unterhandlungen gepflogen und hofft man, daß ihre Forderungen für Ablösung dieses Monopols nicht zu übertrieben sein werden, so daß endlich eine einheitliche Leitung dieses wichtigen Zweiges des öffentlichen Verkehrs für ganz Norddeutschland und einen großen Theil von Süddeutschland zu erwarten steht.

Berlin, 10. Jan. [Beschreibung.] Im Verlage des Abg. Buchhändler Franz Dunder hier selbst erschien im J. eine Broschüre unter dem Titel: „Die Debatten des Abgeordnetenhauses über den Obertribunalbeschluss“. Diese Broschüre enthielt die sämmtlichen in den Sitzungen vom 9. und 10. Februar d. J. gehaltenen Reden theils im stenographischen Wortlaut, theils im Auszuge. Wie bekannt erhob die Staatsanwaltschaft wegen des Inhalts der Reden der Abgg. Zweifeln, Dr. Gneist, Kaungießer, Dr. Walbeck u. die Anklage gegen Dunder auf Ehrverletzungsbeleidigung gegen den König, Beleidigung von Beamten und Behörden zc. und das Stadtgericht verzurtheilte denselben, indem es annahm, daß der Bericht durch § 38 des Preßgesetzes (als nicht wahrheitsgetreu) nicht geschützt, der Angeklagte, der den Verfasser nicht genannt, als Urheber zu betrachten sei, zu 6 Monaten Gefängnißstrafe. Gegen diese Entscheidung hatte der Angeklagte appellirt, indem er die Bestimmung des § 35 des Preßgesetzes für sich in Anspruch nahm, da er den Inhalt der Broschüre vor der Veröffentlichung nicht gekannt habe. In der heutigen Sitzung des Criminal-Senats des Kammergerichts, in welcher diese Appellation zur Verhandlung kam, war der Angeklagte in Begleitung seines Verteidigers des Rechtsanwalts Lewald erschienen. Der Letzte führte besonders aus, daß der Bericht auf den Schuß des § 38 des Preßgesetzes Anspruch machen könne, da derselbe als ein wahrheitsgetreuer im Sinne dieses Paragraphen aufgeführt werden müsse. Werde dieses nicht angenommen, so stehe dem Angeklagten entschieden der § 35 zur Seite, da ihm der Nachweis der Kenntniznahme des Inhalts vor der Veröffentlichung nicht geföhrt sei. Den Inhalt der incriminirten Reden selbst anlangend, so komme es ihm hauptsächlich darauf an, den Vorwurf der Ehrverletzungsbeleidigung gegen den König zu beseitigen. Die Opposition habe niemals eine ungedehte Handlung des Königs behauptet; in der Opposition liege gerade der Glaube, es sei nicht möglich, die von der Anklage incriminirten Stellen auf den König zu beziehen. Er beantrage Freisprechung des Angeklagten. — Der Staatsanwalt Frhr. v. Blottho erwiderte, daß zu einem wahrheitsgetreuen Bericht auch nothwendig die Form gehöre, daß derselbe auch die Verhandlungen in der Folge wiedergeben müsse wie sie wirklich stattgefunden. Die ganze Anlage der Broschüre widerspreche dem Wesen eines Berichtes; sie enthalte eine historische Einleitung und fange nicht mit dem Beginne der betreffenden Sitzungen an. Außerdem enthalte dieselbe Anlagen, die in der Sitzung nicht verlesen seien. Die tendenziöse Form der Wiedergabe der Reden lasse erkennen, daß es dem Verfasser nicht darum zu thun war, das Volk in Kenntniz von den Vorgängen in den Sitzungen zu setzen, sondern die Felle des Giftes gegen das Obertribunal zu richten. Form, Inhalt und Tendenz der Broschüre verhielten sich also der Anwendung des § 38 des Preßgesetzes. Im Uebrigen erhielt der Staatsanwalt die Anklage aufrecht und verlangte Bestätigung des ersten Erkenntnisses. Der Angeklagte Dunder wies zum Schluß darauf hin, daß es, um dem Volke ein klares Bild der Verhandlungen zu geben, nöthig sei, in einer Einleitung die historischen Umstände voranzuföhren. Solche Zusätze, welche zur Aufklärung des Publikums dienen, könnten einen Bericht nicht zu einem nicht wahrheitsgetreuen stempeln. Zum Schluß bestritt der Angekl., vor der Veröffentlichung der Broschüre Kenntniz von dem Inhalte derselben genommen zu haben, weil die Herausgabe aus einer ausdrücklichen Verabredung mit dem rechtsverföhrenden Herausgeber beruhe. Das Kammergericht beriet länger als eine Stunde. Es nahm einmal an, daß die beiden wegen Majestätsbeleidigung incriminirten Stellen in den Reden der Abgg. Dr. Gneist und Zweifeln auf den König nicht bezogen werden könnten. Es nahm ferner auch an, daß der Bericht nicht als ein wahrheits-

getreuer erachtet werden könnte; es nahm aber auch endlich an, daß dem Angekl. die Kenntniz von dem Inhalte nicht nachgewiesen sei und daß somit nur § 35 des Preßgesetzes zur Anwendung komme. In Folge dessen änderte das Gericht die vom ersten Richter erkannte Strafe in eine Geldbuße von 50 Thalern ebent. 4 Wochen Gefängniß um.

Hildesheim, 9. Jan. [Der bürgerliche Landdrost von Hildesheim, Geh. Rath Wermuth,] ist heute früh gegen 9 Uhr plötzlich gestorben. Ueber die Todesursache vermögen wir nichts Bestimmtes mitzutheilen, da verschiedenartige Gerüchte in der Stadt kursiren. (Wermuth war früher Advocat in Hameln und Director der Oberweser-Dampfschiffahrts-Gesellschaft, wurde dann Polizeidirector in Hannover und später Landdrost in Hildesheim und unter preussischer Verwaltung des activen Dienstes durch unbestimmten Urlaub entbunden. Da seine Thätigkeit in einen durch unsere Vereinigung mit Preußen völlig abgeschlossenen Zeitabschnitt fällt, so enthalten wir uns eines Necrologes. Die Hildesheimer jedoch, das dürfen wir sagen, werden sich erleichtert fühlen, indem nun völlig vorüber ist die Gefahr, ihn je wieder als Chef über sich zu erblicken: eine Gefahr, die Mancher in Wermuth's Verhalten zum Polizeidirector Stieber erblickte, mit welchem er bekanntlich im Kölner Communistenprocesse zusammenwirkte und hernach das „Schwarze Buch“ heriaßte.)

Schwerin, 8. Jan. [Zum Proceß der Nationalvereinsmitglieder.] Der „Nordd. Corr.“ erklärt sich über die Schritte, welche die Rosstocker Nationalvereins-Mitglieder zur Wahrung der Rechtscontinuität ihrer vor dem Bundestage unerledigt gebliebenen Beschwerdesache zunächst bei der Bundes-Liquidations-Commission, sodann bei dem preussischen Staatsministerium gethan haben, in nachstehender Weise: „Die Liquidations-Commission ist von Preußen, Oesterreich und den übrigen betheiligten Regierungen des deutschen Bundes zu einem bestimmten und begrenzten Zwecke eingesetzt worden. Wenn dieselbe sich zur Auslieferung gewisser Actenstücke an die Recurrenten erboten hat, so wird sie dazu einer speciellen Bevollmächtigung bedürftig haben. Es ist aber keine unter den Regierungen, welche die Liquidations-Commission eingesetzt haben, berechtigt, sich als Ober- oder Recurs-Behörde derselben anzusehen und zu geriren. Wollen die ehemaligen Mitglieder des Nationalvereins ihre Sache prosequiren, so wird ihnen wohl nur übrig bleiben, seiner Zeit den Beschwerbeweg von Neuem zu betreten.“ Die „Kos. Ztg.“ bemerkt zu dieser Auslassung des ministeriellen Blattes: „Soviel wir wissen, ist der Recurs an die preussische Regierung in ihrer Eigenschaft als Präsidialmacht und Vertreterin der sämmtlichen Regierungen, welche die Bundes-Liquidations-Commission eingesetzt haben, gerichtet worden. Die preussische Regierung in Verbindung mit den übrigen in der Commission vertretenen Regierungen wird ohne Zweifel als höhere Instanz der Bundes-Liquidations-Commission gelten dürfen.“ Der Artikel des ministeriellen Blattes verdient insofern Beachtung, als daraus der Wunsch der Regierung erhellt, in der ihr ungeliebten Beschwerdesache aus der mitten im Rechtszuge erfolgten Auflösung des Bundestages als der bis dahin competenten Behörde Nutzen zu ziehen und die bisherigen Schritte ihrer Gegner auf diesem Wege fruchtlos zu machen.

München, 8. Jan. [Die künftige bairische Politik. — R. Wagner.] Die Richtigkeit der Angabe, daß Fürst Hohenlohe als eine Aufgabe der künftigen bairischen Politik das „Anziehen der deutsch-österreichischen Provinzen an Baiern“ bezeichnet habe, ist von anderer Seite bestritten worden. Dem gegenüber bin ich in die Lage gesetzt, jene Angabe sogar noch weiter auszuweihen und beglückliche Absichten oder — Wünsche auch solchen Kreisen zu vindiciren, welche in Baiern als maßgebend angesehen werden müssen. Noch während des Krieges wurde von einem hochgestellten Regierungsbeamten das „Heranziehen der deutsch-österreichischen Provinzen etwa in Form von moralischen Eroberungen“ öffentlich als die Aufgabe der bairischen Politik erklärt, zu deren Verwirklichung alle Aussicht gegeben und die Unterstützung Preußens gewiß sei. Fürst Hohenlohe würde also bei Durchführung eines solchen weitgehenden Planes auf Unterstützung auch in Baiern rechnen können und hat, als er jenen Gedanken aussprach, weder etwas Neues noch etwas Ueberraschendes ausgesprochen. — Was die „persönlichen Gründe“ betrifft, welche den Freiherren v. d. Fördern veranlassen, sein Entlassungsgesuch einzureichen, so glaube ich als ganz positiv hinstellen zu dürfen, daß der Name Richard Wagner's in der Geschichte seines Entlassungsgesuches eine hervorragende Rolle gespielt hat. Ob bei den Verhandlungen mit Herrn v. Neumayr oder mit dem Fürsten R. Wagner's Erwähnung geschähe, muß ich dahingestellt sein lassen. Ich bemerke hier nur beiläufig, daß die Erbauung des vielbe-

älteste Tochter, mit Vollmacht versehen, in das Münsterland, um die Schwestern zu holen. Die jüngste derselben, 14 Jahre alt, bei einem Bauer in Distetten, Kreis Bodum, untergebracht, weigerte sich, mitzugehen. Die Bauersfrau selbst aber ermahnte sie zum Gehorsam und wünschte nur, daß sie vorher von dem Pfarrer und Lehrer des Ortes Abschied nähme. Das Mädchen ging dahin und lehrte nicht zurück. Die älteste Kimmann, nichts Gutes ahnend, ging darauf nach Crafsenstein, wo die andere Schwester, Johanna, 17 Jahre alt, bei der Freifrau von Wut in Diensten war. Dort hörte sie aber, daß die Schwester schon seit einigen Tagen fort sei, man wisse aber nicht, wohin sie gegangen sei. Beide Mädchen sind seitdem spurlos verschwunden. Der Vater hat demnach durch die administrativen Behörden Alles versucht, den Aufenthalt seiner Kinder ausfindig zu machen, namentlich hat der Landrath Kessler zu Duisburg mit großer Energie die Sache verfolgt. Zudem ist auf Veranlassung des Consistoriums zu Münster von dem Superintendenten und dem königl. Staatsanwalt zu Bielefeld Alles versucht worden, den trauernden Eltern ihre verschwundenen Kinder zurückzugeben, aber ohne Erfolg. Das einzige Lebenszeichen ist ein Brief der älteren Tochter Johanna, ohne Datum und Ortsangabe, mit dem Poststempel vom 13. September, in welchem sie an ihre Eltern schreibt, es gehe ihnen gut, sie würden aber nicht vor ihrer Großjährigkeit zurückkehren, denn sie wollten bleiben, was sie seien. Auf Grund dieses Juridicus hat das Presbyterium der evangelischen Gemeinde Holten an die am 17. October d. J. in Münster versammelte Kreisynode Duisburg folgende Anträge gestellt: 1) Dieselbe wolle ihr tiefes Bedauern und Entsetzen ausdrücken, daß so etwas in unserem Staate habe vorkommen können; 2) dieselbe wolle auf geeignete Weise es veranlassen, daß die administrativen Behörden gebeten werden, die Sache noch weiter bis zu den höchsten Behörden zu verfolgen; auch möge dieselbe veranlassen, daß dieses Factum durch die öffentlichen Blätter zur Beschämung derer, die es angeht, und zur Warnung für unsere Glaubensgenossen in weiten Kreisen bekannt werde. Die versammelte Synode nahm den zu den vorliegenden Anträgen gegebenen mündlichen Vortrag des Pfarrers Verdentamp zu Holten mit tiefem Erschrecken, daß ein solcher Vorfall in unserem Staate vorgekommen sei, entgegen und erlachte einstimmig das Modoramen, alle möglichen Schritte zur Aufklärung resp. Erledigung dieser Sache zu thun.

London. [In Betreff der Zulassung der Frauen in Amerika zum Congresse] und bei Gelegenheit der jüngsten Verhandlungen über diesen Gegenstand bemerkt der Correspondent der „Daily News“ in einem Briefe nach einem Rückblicke auf die Thätigkeit der Frauen im Sanitäts-Departement und speciell bei der Kranken- und Verwundeten-Pflege: „Daß die ganze weibliche Bevölkerung war durch ihre Verwandten bei dem Kriege für die eine oder die andere Partei in der lebhaftesten Weise interessiert und im Laufe der Ereignisse identificirten sie natürlicher Weise die Sache mit den Männern, die sie ausföhren. Bis zum Jahre 1862 waren Frauen nur bei Antislave-Versammlungen und Zusammenkünften für die Rechte der Frauen öffentlich aufgetreten, ohne sich auf Politik und speciell auf Wahl-Agitationen einzulassen. Da eröffnete den Reigen Miss Anna Dickinson aus Philadelphia, die, ursprünglich Fabrik-Arbeiterin, sich in ihren Mühestunden eine ziemliche Bildung erworben hatte und, in feurigem Interesse für den Krieg, wegen zu enthusiastischer Demonstrationen gegen General McClellan ihre Stelle verlor. Kurz darauf trat sie zuerst mit großem Erfolge als politische Rednerin auf und leistete bei den Wahlen 1862—64 den Republikanern in den nicht ganz sicheren Staaten die unzweifelhaftesten Dienste. Obgleich ihre Vereidung durchaus nicht klar, aber sehr mächtig ist und ihre Ideen meist Gemeinplätze und oft formlos sind, fällt sie die größten Säle, wo sie nur auftritt, und obgleich sie wohl schwerlich den Anforderungen der Kritik

genügt, gelingt es ihr doch, zum Herzen des Publikums in einer Weise zu sprechen, die mancher Redner beneiden dürfte. Viele andere sind seitdem, wenn auch nicht mit demselben Glücke, ihren Fußstapfen gefolgt. Indessen ist es nicht allein die politische Lage des Landes, die das Weib in die Arena führt, sondern es kommt dazu das geringe Verhältniß, worin die männliche zu der weiblichen Bevölkerung steht. Schon vor 30 Jahren wurde diese Klage vernommen und seitdem, und trotz der enormen Einwanderung von Männern aus allen Ländern Europas, sind die Männer im Verhältniß noch immer seltener geworden. Eisenbahnen und Telegraphen haben ihnen die unerreichlichen Hilfsquellen des amerikanischen Continents nach allen Seiten hin erschlossen und die Folge ist, daß die Preise für männliche Arbeit in manchen Zweigen, im Lehrfach z. B., auf eine exorbitante Höhe gestiegen sind. Gebildete Frauen streben von Jahr zu Jahr mehr in diese Carriere und man findet jetzt in Neu-England und anderen Theilen des Landes Frauen an der Spitze sehr bedeutender Schulen, zum Theil für Knaben, zum Theil gemischt für Knaben und Mädchen, und mit Gehältern von 300—700 L. jährlich. Wenn auch Frauen an solchen Anstalten vielleicht nicht dieselben Dienste wie tüchtige Lehrer leisten, so sind sie doch erziehungsmäßig Lehrern, die für dasselbe Gehalt zu haben wären, bedeutend vorzuziehen. Während des Krieges hatte man angefangen, Frauen, die durch denselben ihre Angehörigen verloren hatten und allein dastanden, in beträchtlicher Anzahl in den Büreaus der Regierung zu beschäftigen. Letztere Maßregel, welche besonders dem Finanzministerium ein starkes weibliches Contingent zuföhrt, hat sich allerdings nicht sehr praktisch bewiesen, was jedoch nicht an den angestellten weiblichen Subalternen, sondern an den Staatsmännern liegt, die ihre eigenen Proteges und Schützlinge maßenhaft und in solcher Anzahl placirten, daß die Anstalten keine hinreichende Arbeit hatten und die Aufrechterhaltung der Disciplin unter ihnen fast unmöglich wurde. So wurde die Arbeit nur halb gethan, und der Finanzminister, von allen Seiten mit ähnlichen Gesuchen um Stellen bestrahlt, soll beabsichtigen, sein Departement ganz von den weiblichen Arbeitern zu säubern; da aber die Gehälter im Dienste der Regierung in gar keinem Vergleiche zu den Summen stehen, die der Kaufmannsstand und industrielle Unternehmungen für tüchtige Kräfte ausgeben, so dürfte wohl der Zeitpunkt nicht fern sein, wo der Staat nothgedrungen einen großen Theil der Subalternstellen mit weiblichen Beamten ausfüllen wird, da er für dieselben Gehälter bei Weitem nicht so zuverlässige und tüchtige Männer finden würde. Der Gouverneur von Massachusetts constatirte vor einigen Jahren, daß in seinem Staate allein 40,000 Frauenpersonen lebten, die keine Männer finden könnten, und es bei der gegenwärtigen Organisation der Gesellschaft sehr schwer finden müßten, sich zu ernähren. Die bloße Existenz solcher unbeschäftigten, hilflosen Schaaeren muß im Laufe der Zeit einen mächtigen Druck ausüben, sobald einmal eine Bewegung entsteht, um Frauen, die nicht betrahten wollen oder können, ein ergebnissesreiches Feld der Thätigkeit zu öffnen. Die die Gasse brechen, müssen allerdings der Fächerlichkeit trohen, aber sie halten einstweilen wenigstens die Aufmerksamkeit des Publikums für diese Frage wach und machen dasselbe Schritt vor Schritt mit der Idee vertraut, daß das Weib gar manche Beschäftigungen eben so gut wie der Mann ausfüllen kann.

[Von den Brettern, die die Welt bedeuten.] Vor einigen Wochen erzählt die „Berl. Mont.-Ztg.“ als wahre Anekdote, wurde eine sogenannte Feerte einstudirt, in der irgend einem Schauspieler mehrlach die Aufgabe zustieß, das Krähens des Haushahnes nachzuahmen. Der mit dieser Leistung betraute Histrion erklärte aber auf der Probe, er könne nicht krähen, und der weise und tunsverföhndige Director sagte ihm: dann sei er gar kein Künstler,

wenn er nicht einmal krähen könne; so was bestünde ja sein. Keiner Sohn und: „Das werde ich Ihnen gleich beweisen, komm mal her, Rudolf!“ Das Directionsdind befand sich auf der Bühne und folgte dem väterlichen Rufe. „Was machst du da, mein Sohn?“ Das Kind sah den Papa verdutzt an, heinache beknackst. Vielleicht fürchtete es, daß dem Bekanlacher seiner süßen Daseinsgewohnheit etwas im Gehirn pide, vielleicht eine schwarze Rauberberne oder ein anderer Vogel. „Aber, mein Junge, das doch auf! Nun, wie kräht der Hahn?“ Der Knabe lächelt und meint: „auf zu kommen. Papa (hm den Kopf streichelnd): „Nun, nun!“ Der Sohn (nach tiefem Athembolien): „Rumuh!“ Papa: „Döfel!“ (Zum Personal gewendet): „Er hat's nur vergessen!“ (Zu dem betreffenden Acteur, der zu krähen hat): „Morgen soll er's Ihnen vormachen!“

Der Krieg im Jahre 1866. Kritische Bemerkungen über die Feldzüge in Böhmen, Italien und am Main. Leipzig, Verlag von Otto Wigand. So verschieden die Ansichten über die Ereignisse des Sommers 1866 und ihre Folgen sein mögen, eine hervorragende geschichtliche Bedeutung kann ihnen Niemand absprechen, und erscheint daher ihre möglichst vielseitige Erörterung wohl gerechtföhrt. Ist bisher der historisch-politischen Seite der rasi und glücklich vollbrachten nationalen That Preußens eine reiche Literatur gewidmet, ohne dieselbe zu erschöpfen, so gilt dies noch weit mehr von der militärischen Seite, für deren eingehende Beurtheilung noch so manche thatsächliche Details vermisst werden. Wie das gewaltige Vorgehen in tactischer und strategischer Hinsicht ausgeföhrt worden, warum Preußens Siege auf Siege geföhrt, während Oesterreich eine Niederlage nach der andern erlitten, diese Frage ist gewiß eine der interessantesten und noch lange nicht genügend beantwortet. Daran haben wir nie gewöhnt, daß bei der gegebenen historischen Entwiclung der sich bekämpfenden Staaten Preußen die Erfolge davon tragen mußte, deren es sich nun Oesterreich und dessen Verbündeten gegenüber erfreut. In den „Militärischen Briefen“ der Breslauer Zeitung war diese Grundansicht schon vor und während wie nach der kriegerischen Action unumwunden dargelegt. Nun wird für dies Thema ein neuer Gesichtspunkt eröffnet. Nach so vielen einseitigen, häßlichen und verächtlichen Aeußerungen, wie solche bis jetzt aus dem benachbarten Kaiserthum über die preussischen Erfolge verlauntbar, begegnen wir in der vorliegenden Schrift zum ersten Male einer österreichischen Feder, welche denselben, so weit dies unter den obwaltenden Verhältnissen möglich, gerecht zu werden sucht, die Schäden des eigenen Landes aber unbefangen genug bloßlegt.

[„Friedrich der Zweite von Hohenhausen“], historisches Trauerspiel in 4 Acten, von Dr. A. Reichmann, Breslau, Verlag von Johann Urban Kern. Der Verfasser hat den gewiß dankenswerthen Versuch gemacht, ein deutsches Nationaldrama zu schreiben. Um der allgemeinen poetischen Conception willen, welche uns die titanenhaften Kämpfe des großen Kaisers gegen den Orient, gegen das Papstthum und das Vandalenthum vorföhrt, läßt sich mit dem Dichter wegen historischer und künstlerischer Details kaum rechten. Seine Dichtung verläßt entschieden das ernste Streben, ohne welches auch die Producte reich begabter Talente wenig oder keine ästhetische Befriedigung gewähren. Gern stimmen wir dem Autor bei, wenn er sagt: „In der dramatischen Literatur ist das historische Schauspiel und Trauerspiel zur Zeit nur wenig betreten. Energiische Charaktere, markige Gestalten handeln zu sehen, spricht aber auch jetzt wohl noch an, nachdem dieser Sinn und Geist so große Erfolge in der jüngsten Vergangenheit errungen hat. Mag dieses Mäpchen (dem Prinzen Friedrich Carl gewidmet) ein nicht unwillkommener Beitrag zu der bereits umfassenden Literatur der Hohenhausen sein!“

iprophenen Theaters nach den Ideen Wagner's und der neuen, zu demselben führenden Straße mit Brücke über die Nar eine höchsten Orts beschlossene Sache ist.

Italien.

Florenz, 5. Januar. [Die Reise des Cultus-Ministers Verti nach Rom zum Papste] beweist, wie man der „R. Z.“ mittheilt, ein Abkommen im Sinne des Ricafolischen Briefes: Die Regierung verzichtet auf das Exequatur für die direct vom Papste zu ernennenden Bischöfe, die überdies ohne Eid ihre Sige werden einnehmen können; ihre Erlasse werden des königlichen Placets nicht bedürfen. Die Frage der Verminderung der Diöcesen könnte definitiv nur durch ein Concordat erledigt werden, und ein solches ist vor Anerkennung des Königreichs Italien nicht möglich. Inzwischen will man sich dahin einigen, daß die Verminderung der Bischöfe thatsächlich stattfindet, indem eine gewisse Anzahl derselben von den Bischöfen der benachbarten Diöcesen verwaltet werden soll. Man hofft, daß es gelingen wird, den heiligen Vater auch zu einer Verständigung über die Post-, Zoll- und Bankfrage zwischen der päpstlichen und der italienischen Regierung zu bewegen.

[Dem Jahrbuch der Kirchenstaaten] ist nichts von irgend einer Umwandlung der Ansichten anzumerken. Es führt nach wie vor die Mgr. Milefi, Appolloni und Gramiccia als päpstliche Delegaten von Bologna, Macerata und Perugia an.

Rom, 4. Jan. [Die Ruhe Roms.] Die ununterbrochene Ruhe der Stadt, schreibt man der „R. Z.“, wird den Römern eine Last, welche sie schweigend tragen und wohl noch eine geraume Zeit tragen werden. Nach so großen Erwartungen, welche sie selbst von sich in der Welt zu erregen begonnen hatten, ist dies ihnen auferlegte Schicksal stummer Passivität etwas beschämend für die Heißsporne der geheimen Clubs, welche sich um eine öffentliche Rolle gebracht sehen, oder demüthigend für einige Patrioten vom Glauben des Stefano Porcari, welche dem römischen Volk noch politische Regungen zugetraut haben. Das geheime Journal „Roma dei Romani“ bringt deshalb einen Artikel mit der Ueberschrift: „Die Ruhe Roms“, woraus wir folgende Auszüge machen:

„Die Ruhe, welche nach dem Abzug der französischen Truppen in Rom herrscht, ist ein wahrhaftes Problem, über das sich vor allererst die päpstliche Regierung bewundert. Frankreich schreibt sie seiner moralischen Protection zu, die römische Regierung vielleicht ihren Ruhen und ihrem Regiment, welches gewaltthamer als je den Ueberrest des Kirchenstaates bedrückt. Wenn sie diese Ruhe nicht der Liebe zu ihr, sondern der Gewalt zuschreibt, so ist von diesen beiden Urthümern der eine minder falsch und minder beleidigend als der andere. Was Frankreich betrifft, so ist es in gewisser Weise richtig, daß auch nach dem Vollzug der Septemberconvention noch sein Schatten Rom occupirt. Doch darf sich Niemand über das Wie und das Bis wie lange täuschen.“

Frankreich hielt in Rom die Ehre seiner Fahne für gekränkt, welche unermüdend war, der Regierung irgend eine gute Handlung abzuzeigen, während die Occupation selbst die Unterthanen mit eiserner Hand darniederhielt. Frankreich wollte demnach sehen, was die Regierung zu thun vermöge, nachdem sie ihrem unzufriedenen Volk allein gegenüber blieb. Der Druck einer fremden Macht fordert also nicht mehr die empfindliche Eigenliebe der Regierung heraus. Napoleon III. hat aufgehört, den Papst zu langweilen (Worte eines katholischen Journals), und er ihm seine Rathschläge aufdrang. Er kann jetzt frei handeln; das Verdienst wird ihm eigenes sein. Diese Genugthuung wird dem Souverän nicht fehlen, welcher aus der Zufriedenheit seiner Unterthanen eine Ehrensache macht. Was kann er nun heute sagen? Daß er nicht seine Provinzen hat? daß sein Staat zu gering, seine Armuth zu groß ist? Doch was geht dies die Römer an? Sind sie daran schuld? Wenn sie zufrieden sind, so wird ihr glücklicher Zustand auch die anderen Provinzen um so besser zur Rückkehr unter das „väterliche“ Regiment herbeiführen.

Doch die Zeit der Illusionen ist vorüber. Wie es um uns beschaffen ist, werden wir fortan in einem genauen Nachweis von dem Treiben der päpstlichen Regierung darthun. — Wer kann wohl annehmen, daß ein Staat, wie der unsrige es ist, ewig fort dauere? Wer könnte einen solchen Zustand ertragen? Niemand einmal die Regierung selbst, es sei denn mit der Hoffnung auf eine fremde Intervention oder eine europäische Verwicklung. Diese Hoffnung allein ist es, welche die gegenwärtige Agonie ertragen läßt. Für uns aber, die wir diese Hoffnungen nicht theilen, ist die Agonie an sich rettungslos und unerträglich. Für uns ist die römische Frage nicht eine Frage abstracter und principieller Natur; sie ist ein realer Zustand unerträglichen Leidens. Sie ist nicht einmal eine Frage der Annexion an ein großes Reich; denn obwohl das nationale Recht zu unseren Bedürfnissen gehört, so ist es doch nicht deren einziges. Die Welt wisse es: unser erstes Bedürfnis ist dies: freie Bürger zu sein. Wir wollen nicht länger das todte Bestthum (mano morta) des Priesters und der Spott von Sibirien und Fremdlingen sein. Wir wollen es nicht, und Gott weiß es, daß wir es nicht länger sein werden. Dem hartnäckigen Non possumus halten wir ein noch hartnäckigeres Non volumus entgegen. Die Zeit wird richten, welcher dieser beiden Sprüche Sieger über den anderen werden muß.“

Dasselbe Blatt der Nationalpartei warnt, die (mazzinistischen) Anleihezeit, welche eben mit dem Zeichen der Wölfin in Rom in Umlauf gehen, als von ihr ausgehend zu betrachten.

[Die Unterhandlungen mit Tonello] deckt ein tiefes und indifferentes Schweigen. Nur verläutet, daß sie fortgesetzt werden, daß die florentiner Regierung sich zur Preisgabe des Exequatur und des Eides der Bischöfe hinneigt, daß demnach ein günstiges Resultat in diesen geistlichen Angelegenheiten zu erwarten sei. Von ihm und einem weiteren Versuch, die Unterhandlung auf das politische Gebiet hinüberzuführen, wird demnachst der Gang der Dinge in Rom überhaupt abhängig sein.

[Der Papst] hat die Weihnachtsfunctionen glücklich überstanden. Allgemein fiel es auf, daß er zusammengefallen und sehr gealtert ausieht; nur seine sonore Stimme hat noch nicht die alte Kraft verloren.

Frankreich.

* **Paris, 8. Januar.** [Zur orientalischen Frage.] Die griechenfreundliche Wendung, welche sich hier vollzogen hat, soll bereits in Konstantinopel Ausdruck gefunden haben. Der neue Gesandte, Herr Bourré, hat der Pforte nachdrücklich Nachgiebigkeit empfohlen. Man verlangt von der Pforte, daß sie den Candidaten einen christlichen Gouverneur geben solle. Die übrigen europäischen Mächte werden dieselbe Sprache in Konstantinopel führen und dies als eine Vertagung der orientalischen Frage darstellen. Zwischen Herrn v. Moustier und dem Fürsten Metternich finden häufige Besprechungen statt.

[Mexicanisches.] Ein auf dem Kriegsministerium eingetroffener Bericht des Marschalls Bazaine zeigt an, daß das Expeditionscorps nun vollständig concentrirt und in verschiedenen Etappen staffelförmig aufgestellt ist. In Mexico, der Hauptstadt, stehen noch 6000 Mann Franzosen; die übrigen befinden sich in Puebla, Orizaba, Vera-Cruz und sollen sich je nach dem weiteren Abdrücken der einzelnen Truppentheile in jenen Städten ablösen, bis sie alle in der genannten Hafenstadt vereinigt sind. Zu dem Ende wird bei Vera-Cruz ein großes verschanztes Lager aufgeschlagen, das zur Aufnahme von 22,000 Mann geeignet sein soll. Gleichzeitig meldet man ein glückliches Gesecht des mexicanischen Generals Mendez, der bei Cuatro die vereinigten Juaristen-Chefs Garcia, Ledesma und Bravo geschlagen habe. Ledesma wurde getödtet und den Juaristen ein Verlust von 600 Mann zugesagt. Gleichzeitig sollen sich die Indianerstämme der Sonora, namentlich die Yaki und Opata, am Buenavista-Flusse zu gemeinsamem Widerstande gegen die Juaristen erhoben haben. Man giebt die Zahl der streitbaren Männer dieser vereinigten Stämme nahe an 35,000 an.

[Die Expedition nach Korea.] Es hat hier einigermaßen überrascht, daß die Expedition nach Korea, wie der heutige „Moniteur“

mittheilt, schon ihr Ziel erreicht hat. Die „Liberte“ macht zu dem (schon mitgetheilten) „Moniteur“-Bericht folgende Bemerkungen:

„Rang-Hoa zerstreuen und es verlassen, indem man 197,000 Frs. in Silberbarren, Manuscripte und Bücher unter dem Vorwande mitnimmt, den Tod von Missionaren zu rächen, die als sie nach Korea gingen, wußten, welchem Schicksale sie sich aussetzen würden, das ist, was wir dem französischen Namen Achtung verschaffen beifügen. Noch einige solcher ferneren Expeditionen, und wir werden die Chinesen zu kämpfen gelehrt haben. Was werden wir aber dann thun, was werden wir mit einer Hand voll Leute gegen 360 Millionen ausrichten können? Schon jetzt wagen die chinesischen Seeräuber sich zu zeigen und europäische Schiffe anzugreifen. Lassen wir die Chinesen bei sich zu Hause in Frieden, und mögen sich unsere Missionare damit begnügen, bei uns zu predigen.“

[Zur Armeeform.] Nach einer amtlichen Zusammenstellung erreichte das französische Heer am 1. d. M. an Linie und Reserve einen Bestand von 610,000 Mann. Rechnet man dazu die 100,000 Mann, welche in diesem Jahre zur Einstellung gelangen, so repräsentirt die französische Armee in diesem Jahre eine Macht von 710,000 Mann. — Der „Constitutionnel“ enthält eine ihm, wie man annimmt, vom Kriegsministerium zugesandte Mittheilung, worin durch die Ereignisse des Jahres 1859 zu beweisen gesucht wird, daß Frankreich im Augenblicke nicht die für seine Bedürfnisse notwendige Truppenzahl besitzt und daß eine Armee von 6—700,000 Mann nicht hinreichend sei, um allen Eventualitäten begegnen zu können. Es sei ein Irrthum, wenn man glaube, daß 700,000 Soldaten auch 700,000 Streiter geben. Dieser Irrthum habe auch zur letzten Niederlage Oesterreichs beigetragen, das trotz seiner 700,000 Mann unter den Waffen nur 140,000 Mann in Italien und 180,000 in Deutschland hätte aufstellen können.

Was Frankreich obelange, so habe dieses 1859 639,000 Mann unter den Waffen gehabt, und diese Zahl sei nicht hinreichend gewesen, um eine Armee zur Deckung des Rheines zu bilden. Der Kaiser hat schon einmal in einer seiner Reden darauf angepielt, daß der Friedensschluß nach der Schlacht von Solferino eine Nothwendigkeit gewesen sei; so deutlich und klar, wie der „Constitutionnel“ es heute durch Ziffern macht, daß damals der Kaiser zum Frieden gezwungen war, wurde dies aber bis dahin officiell noch nicht dargelegt, und es geht wohl der ganze heisse Wunsch dazu, die Reorganisation der Armee durchzuführen, um es so offen kund zu thun, in welcher precären Lage sich damals Frankreich befand. Wenn die Ziffern, welche der „Constitutionnel“ mittheilt, richtig sind, so muß man es heute in Wien nachträglich schmerzlich bedauern, daß man sich 1859 so schnell auf den Frieden einließ. Freilich konnte man nicht wissen, daß nach Solferino Frankreich kaum noch 80,000 Mann zur Hand gehabt hatte. Doch hier die officiellen Zahlen:

Von den 639,000 Mann mußten abgezogen werden: die Klasse von 1858, die nicht vor December 1859 marschfertig sein konnte, mit	73,000
Die Truppen in Alger	68,000
Die römische Division	7,300
Die Gendarmen, die Verwaltungstruppen, der Generalstab der festen Plätze, die Leute in den Gefängnissen und Hospitalern	84,000
Die Depot-Bataillone, Schwadronen und Batterien	72,000
Die Garnison der Grenzfestungen	20,000

Davon ab die Zahl der italienischen Armee	324,000
Da der Effectivbestand	229,000
betrug, so blieben im Innern an streitbaren Leuten	86,000
Mann, nämlich 30,000 Mann Cavallerie, 20,000 Mann Artillerie und 36,000 Mann Infanterie.	

Ogleich die italienische Armee aus 229,000 Mann bestand, so konnte der Kaiser auf dem Schlachtfelde von Solferino nur 107,000 Mann vereinen. Die Uebrigen befanden sich:

Das fünfte Corps in Toscana	23,000
In Mesambria, Mailand, Brescia und im Süden	13,000
Artillerie-Reserve und Genie	7,700
Getödtete, Kranke, Verwundete und Verschwundene	26,000
Division Fuguet, die erst am 10. Juli in Mailand ankam	8,300
Division Wimpfen, die sich auf der Flotte befand	8,000
Isolirte Soldaten, die auf dem Wege zu ihren Corps waren	30,000
In Genua und isolirte Depots	6,700

	122,700
In der Schlacht von Solferino	107,000
	229,000

Wenn also die italienische Armee — so schließt der „Constitutionnel“ seine Betrachtung — 229,000 Mann nothwendig hatte, so hätte man, wenn es die Umstände erheischen, noch 300,000 Mann aufstellen müssen, um am Rhein eine achtbare Armee zu haben. Mit dem besten Willen hätte man diese aber mit dem jetzigen militärischen Regime nicht zusammenbringen können. So weit die officiële Mittheilung. Dieselbe giebt übrigens auch eine Erklärung des Auftretens der französischen Regierung nach der Schlacht von Sadowna. Wenn sie damals anders als auf friedliche Weise hätte interveniren wollen, und sie hatte bekanntlich diese Idee zuerst, so hätte sie, wenn man obige Ziffern zur Basis nimmt, ebenfalls keine genügende Armee am Rhein aufstellen können, selbst wenn man annimmt, daß sie sofort die ganze Armee, nämlich 639,000 Mann, hätte schlagfertig machen können. Von diesen 639,000 Mann wären die 324,000 Mann abgezogen gewesen, welche auch beim italienischen Feldzuge in Abzug kamen. Weiter wären die Truppen in Mexico und zahlreiche andere Abzüge hinzugekommen, so daß es ein großes Wagniß gewesen wäre, mit dem wirklich verfügbaren Reste in Deutschland einzubringen, um sich den Bündnadelgewehren der siegestrunkenen Preußen entgegenzustellen.

[Parlamentarisches.] In den Tuilerien fanden wiederholt Beratungen mit Walewski über die nächste Session statt; es ist von Hinauschiebung der Eröffnung bis Mitte künftigen Monats die Rede, da der Armee-Reorganisations-Entwurf im Staatsrathe erst am 7. Februar fertig durchberathen sein wird.

[Gegen die Orleansisten.] Der „Constitutionnel“ theilt heute aus der Correspondenz des vor einem Jahre verstorbenen italienischen Staatsmannes Massimo D'Azeglio längere Auszüge mit. Dieselben betreffen meistens die Briefe, in welchen Azeglio sich über das anti-italienische Auftreten der französischen Regierung (Louis Philipp) von 1847 bis 1848 beklagt. Der Grund dieser Verächtlichkeit im „Constitutionnel“ hängt mit dem Umstande zusammen, daß die Orleansisten in der letzten Zeit wieder etwas mehr in den Vordergrund getreten sind.

[Das Erdbeben in Algerien.] Dem „Siecle“ geht aus Mont-Risjet unsern Alger ein Bericht über das Erdbeben zu, welcher vom Tage desselben (2. Januar) datirt ist. Von den drei Hauptplätzen, die man verspürte, war der erste der stärkste; er dauerte 15 Sekunden und war von einem donnerähnlichen Geräusch begleitet, gegen welches, wie der Berichterstatter sagt, unsere Artillerie-Detonationen nur ein Kinderpiel sind. Sämmtliche Häuser Algiers, Ober-Mustapha's, Algiers von St-Bier's wurden mehr oder weniger beschädigt, einige sind sogar zusammengestürzt. In Blida wurde indeß noch weit größere Zerstörung angerichtet und die Regierung schickte in aller Eile 600 Zelte dorthin, um die obdachlosen Familien aufzunehmen. Am 1. Januar war das Wetter schön und ruhig geworden; Abends fiel das Barometer plötzlich stark, aber der Himmel blieb unbewölkt und das Meer ruhig; um Mitternacht bewölkte sich der Himmel und um 4 Uhr Morgens begann es nach lange anhaltender Dürre zu regnen.

Spanien.

Madrid. [Die an die Königin gerichtete Adresse der 121 Deputirten] liegt jetzt in der „Independance“ ihrem Wortlaut nach vor; dieselbe lautet:

„Madame, in Ehrfurcht am Throne der öffentlichen Meinung Ausdruck verleihen, wenn das Wohl des Vaterlandes und die Verteidigung seiner Institutionen es verlangen, ist ein Recht, welches das Grundgesetz des Staates allen Bürgern einräumt, und zugleich eine Pflicht, welche seit lange in Spanien alle Diejenigen zu erfüllen gezwungen haben, die durch die Gnade des Monarchen oder die Stimme des Volkes die hohe Ehre erlangten, die Nation in den Cortes zu vertreten.“

Die Unterzeichneten haben diese Ehre erlangt und zu gleicher Zeit die Verteidigung und den Schutz einer politischen Verfassung vertraut erhalten, deren Grundzüge leider von der Regierung Sr. Majestät mißachtet werden.

Nichts liegt dem Geiste der Unterzeichner ferner, als die Absicht, irgendwie die Leidenschaften aufzuregen; der Umschwung, welchen diese den Ereignissen geben, ist immer verhängnißvoll für die Völker; sie erheben ihre Stimme zu

Sr. Majestät in verfassungsmäßiger Geselligkeit und einzig und allein, das mit dieser Geselligkeit ihren Lauf habe. Nachdem sie bis zu jener Grenze wo längeres Schweigen Verletzung ihrer Pflichten wäre, geduldet haben, machen sie jetzt einen durch die äußerste Klugheit gemäßigten Versuch.

Die Gewalt, welche die Cortes gemeinschaftlich mit dem Könige in Bezug auf die Gesetzgebung haben, kann nicht ausschließlich von der Regierung Sr. Majestät ausgeübt werden, ohne daß die Verfassung der Monarchie zu bestehen aufhört; die Nation hat mit Schmerz diese Grundrechte nicht allein bei mehreren, im Widerspruch damit Sr. Majestät vorgelagerten Maßregeln, betreffend den öffentlichen Unterricht, sondern auch in jenen Anordnungen mit Füssen treten sehen, welche mit einem Ertz alle Municipalräthe und Provinzial-Deputationen aufgelöst haben, indem sie die über die Organisation und Befugnisse der municipalen Körperschaften und der Provinzialverwaltung in Kraft befindliche Gesetzgebung änderten.

Das Ministerium hat nicht gedacht, den Cortes gegenüber eine Verantwortlichkeit zu übernehmen, welche es selber anerkannt hat, indem es Sr. Majestät die Nothwendigkeit einer so ernsten Entschlieung darlegte, und wir haben das Schauspiel erlebt, welches eine Partei darbietet, die die Andern heftig anklagt, um ein Gesetz umzustossen, welches ihr eigenes Werk war, und um die unter ihrer eigenen Leitung gebildeten Municipalräthe aufzulösen.

Die Verantwortlichkeit besteht also in gesetzlicher Form vor dem Parlament und moralisch vor der öffentlichen Meinung. Die Unterzeichner würden, wie sie es heute thun, ihre Stimme zu Sr. Majestät schon am 21. October erhoben haben, wo die betreffenden königlichen Decrete beröfentlicht wurden, wenn sie nicht noch immer die Hoffnung bewahrt hätten, das Verhalten der Regierung prüfen und beurtheilen zu können, sobald die Cortes innerhalb der verfassungsmäßigen Frist eröffnet gewesen wären.

Diese Hoffnung besteht nicht mehr; die schwerste aller Verletzungen, welche die Regierung der Verfassung zugefügt hat, liegt vor.

Der Wiederzusammentritt der Cortes hat nicht stattgefunden und kann vor dem 31. d. M. nicht mehr bewirkt werden; durch diese Thatfache ist Artikel 26 der Verfassung in der flagrantesten und offensten Weise verletzt.

Man sucht vergebens nach künstlichen Auslegungen für eine Vorschrift, deren Geist durch ihren Ursprung gegeben und überdies in feierlicher Weise durch eine ununterbrochene Uebung sanctionirt ist, welche als ein integrierender Theil der Verfassung betrachtet werden darf; der Text des königlichen Decretes selber, welches die Legislatur von 1865 auf 1866 für geschlossen erklärt, zeugt gegen diese Interpretation. Man könnte viele andere Gesetze und königl. Decrete anführen, um die Auffassung der Unterzeichner bis zur unüberleglichen Evidenz zu bekräftigen; dieselben beschränken sich indessen darauf, nur die Gesetze vom 30. Juni und 8. Juli d. J. anzuführen, welche der Regierung jene außerordentlichen Befugnisse eingeräumt haben, mit denen sie unter der Klausel bescheidet worden ist, daß dieselben ihr bis zur nächsten Legislatur, d. h. der verfassungsmäßig vor dem 31. d. März zu berufenden Legislatur zusehen sollten, dergestalt, daß Alles, was Kraft jener Ermächtigung geschehen würde, nach jenem Zeitpunkt ungesetzlich wäre, denn man kann in einer so wichtigen Materie die von den Cortes festgesetzte Grenze nicht überschreiten.

Aber die Regierung Sr. Majestät, welche früher diese Grenze nicht geachtet hat, scheint nicht geneigter, sie gegenwärtig innezuhalten, und ein erschütterlicher Beweis dafür ist der ungläubliche getrennte Abgangene Act.

Sr. Maj. hat mit Beklammern von der Verletzung des Congresspalastes vernehmen müssen. Der Generalcapitän dieses Militärbezirks und der Civilgouverneur dieser Provinz haben ohne Rücksicht darauf, daß dieses Gebäude ein Nationalgebäude ist, dessen Schutz und Beaufsichtigung dem Präsidenten und den Mitgliedern des ständigen Verwaltungsausschusses zusteht; ohne sich zuvor an dieselben zu wenden, wie die in diesen Dingen vorliegenden Präcedentien es verlangen, einen Act begangen, welcher die Deputirten des freien und gesetzlich ihnen zustehenden Gebrauchs beraubt, den die Autorität der Cortes selbst sanctionirt hat. Die Formfehler, welche diesem Act anhaften, treten noch zu der Ungeheuerlichkeit hinzu, ohne daß es dafür Entschuldigungen oder Vorwände geben könnte, denn viele Deputirte haben, indem sie damit dem einstimmigen Gebühre der Nation entsprochen und sich durchaus nicht etwa in ein vorheriges Einverständnis darüber gezeugt hatten, beschloffen, Sr. Maj. ersuchend den loyalen und aufrichtigen Ausdruck ihrer Meinungen vorzutragen.

Eine Regierung, Madame, welche die Verantwortlichkeit für einen solchen Act auf sich nimmt; eine Regierung, welche nicht ermächtigt war, ohne Hinzuziehung der Cortes die Gesetze über den öffentlichen Unterricht und über die Organisation der Gemeinden und Provinzen zu ändern und dieselben dennoch geändert hat; eine solche Regierung konnte vielleicht auch zufälliger Weise das verfassungsmäßige Regime selber aufheben, indem sie die Cortes nicht in der gesetzlich Frist einberiefe und sich die Ermächtigungen verlängerte, deren Erloschen durch Art. 2 der betreffenden Gesetze klar ausgesprochen ist? Angesichts eines so schmerzlichen Conflicts und bedroht von einer eben so außerordentlichen wie unvorhergesehenen Gefahr eilen die Unterzeichneten zur Vertheidigung der auf das Innigste mit dem Thron Sr. Maj. verbundenen Institutionen herbei, indem sie mit Vertrauen die hohe Weisheit der Krone anrufen, welche die festeste Garantie des öffentlichen Wohls in dem regelmäßigen Walten der vollkommensten Eintracht der Staatsgewalten erblicken muß.

Madame, die unterzeichneten, zu Madrid anwesenden Deputirten begeh das Vertrauen, daß Sr. Maj. die Herrschaft der Gesetze wiederherstellen wird, und richten ihre Wünsche zum Himmel empor, daß er lange Jahre das kostbare Leben Sr. Maj. erhalte.

Madrid, 28. December 1866. Zu den Füßen Eurer königlichen Majestät. (Folgen die Unterschriften, die des Präsidenten Rios Rosas an der Spitze.)

Großbritannien.

E. C. London, 8. Januar. [Zur Alabama-Frage.] Die „Times“ bringt heute Folgendes:

„Wir sind ermächtigt, zu melden, daß (in Erwiderung auf ein Schreiben von der Regierung der Vereinigten Staaten) Ihrer Majestät Gesandter in Washington angewiesen worden ist, zu ermitteln, ob jene Regierung bereit wäre, das Princip der schiedsgerichtlichen Entscheidung über die noch schwebenden, aus dem neulichen Bürgerkriege hervorgegangenen Mißbilligkeiten anzunehmen, vorausgesetzt, daß über die Punkte, auf welche das schiedsgerichtliche Verfahren Anwendung finden soll, eine Verständigung erzielt werden kann.“

[Die abessinischen Gefangenen.] Nach Briefen aus Abyssinien von Mr. Kassam, datirt 6. Nov., waren die Gefangenen noch immer in Fesseln, wenn auch von geringerem Gewichte als im Anfang, im Innern des Forts Amba Magdala festgehalten. In anderen Beziehungen wurden sie gut behandelt und reichlich mit Lebensmitteln versehen. Oberst Mereweller war im Begriffe, sich mit den von König Theodor engagirten Ingenieuren von Aden nach Massowah zu begeben. Er beabsichtigte, wenn die Gefangenen noch nicht freigelassen sein sollten, in das Innere vorzudringen.

[Aus Irland.] Eine Explosion von griechischem Feuer, die dieser Tage Polizei, Feuerwache und Publikum bedeutend alarmirte, scheint mehr eine persönliche Rache als eine mit den politischen Zwecken der Fener zusammenhängende That zu sein. So viel über die Geschichte verläutet, erschien vergangener Freitag Abend ein Mann in einem Hause in Essex Street (Dublin) und erkundigte sich nach einer möblirten Wohnung. Da er nur ein Bett verlangte, so wurde er bald mit dem Miether des Hauses einig und kam bald darauf zurück mit einem Paket, das er auf den Tisch seines Zimmers legte, worauf er sich mit der Erklärung, er werde bald wiederkommen, entfernte. Als er sich wieder am Tage darauf noch an den beiden nächstfolgenden sehen ließ, begann dem Hauswirthe die Sache auffallend zu werden und er machte sich an die Unteruchung des von dem Fremden zurückgelassenen Paketes. Zwei runde fest mit Leber verschlossene Flaschen waren das erste Ergebnis, dann aber wurde er in seinen weiteren Forschungen durch einen gewaltigen Knall unterbrochen, mit dem der übrige Inhalt explodirte. Er selbst stieg schwer an Kopf und Händen verletzt zu Boden. Die Fenster des Zimmers wurden buchstäblich durch den Luftdruck ausgehoben und auf die Straße geschleudert, eine der Zimmerwände eingedrückt und auch die übrigen Einwohner des Hauses durch die Erschütterung zu Boden oder gegen die Wand geworfen.

[John Bright.] Zwischen John Bright und Richard Carth, dem neuerdings gewählten Parlamentsmitglie von Guildford, hat eben ein briefliches Duell stattgefunden, in welchem letzterer gründlich „abgeföhrt“ wurde. In einer Rede hatte Carth drei Behauptungen aufgestellt, auf welche Herr Bright, sonst schon ziemlich abgehärtet gegen persönliche Angriffe, nicht umhin konnte zu reagieren: 1) Bright sei von den Arbeitern aus seiner eigenen Fabrik herausgejagt worden; 2) Bright habe während der Hungersnoth in Lancashire keinen Penny zum Unterstützungsfond beigetragen; 3) Bright habe vorgeschlagen, den Arbeitern Darlehen zu gewähren, um sie so zu Leibeigenen zu machen. Der Verleumdete verlangte die Beweise oder Satisfaction, schriftlich (Fortsetzung in der Beilage.)

(Fortsetzung.)

liche natürlich; Herr Garth konnte füglich Weise nichts vorbringen, als Auszüge aus ein paar Reden Pope Hennessy's und Ferrand's, zweier Tories, die gegen ihren Feind, den „großen Agitator“, ähnliche Beschuldigungen ohne Beweise erhoben hatten; betriebs des zweiten Punktes erklärte er den Bericht von seiner Rede ungenau. Bright, dem im Nothfalle auch sein gut Theil „göttlicher Grobheit“ zu Gebote steht, antwortete in einem Briefe, den Herr Garth scheinlich als ein willkommene Empfehlungsschreiben für seine kürzlich angetretene parlamentarische Laufbahn begriffen wird, um so weniger, da auf Bright's Seite dieses Mal unläugbar das Recht ist. Um Ferrand, auf den Garth sich beruft, zu charakterisiren, erzählt Bright folgende Begebenheit: Vor etwa zwanzig Jahren richtete Ferrand im Unterhause einen wüthenden und gemeinen Angriff gegen Cobden. Als die Rede zu Ende ging, kam Herr Blyng, eines der geachteten Mitglieder, zu Cobden heran und sagte zu ihm: „Kümmern Sie sich nicht um ihn; ich habe jetzt schon 50 Jahre hier im Hause und während der ganzen Zeit ist mir kein solcher Raufbold und Flegel vorgekommen, wie dieser Ferrand.“ Bright versteht es offenbar, mit einem Reulenskluge zwei Gegner zu treffen.

[Der Prinz von Wales.] — so wird erzählt — erbat sich während seines Aufenthaltes in St. Petersburg von dem Kaiser von Rußland als besondere Gunstbezeugung die Freilassung des nach Sibirien verbannten Grafen Stanislaus Jankowski, Sohnes des Grafen Andreas Jankowski. Sein Wunsch wurde dem Kaiser bereitwillig erfüllt, und schon ist der Graf wieder nach Warschau in den Schooß seiner Familie zurückgekehrt.

[Denkmal.] Dem Cardinal Wiseman wird demnächst über seiner Gruft in Kensal-Green ein prächtiges Monument errichtet werden. Später, wenn die projectirte katholische Kathedrale in der Hauptstadt vollendet sein wird, soll dasselbe dann in dieser Kirche einen Platz erhalten.

Provinzial-Beitung.

Breslau, den 11. Januar. [Tagesbericht.]

△ [Militärstatistik.] Man zählte 1856 bei einer männlichen Bevölkerung von 57844 Seelen in Breslau — 2979, 1860 von 61880 Seelen — 3269, 1864 von 74410 Seelen — 4214 Militärschlichtige, von diesen waren 20jährige Militärschlichtige 1856 — 915, 1860 — 1221, 1864 — 1593; die übrigen waren Militärschlichtige früherer Jahrgänge. Von den Militärschlichtigen kamen zur Aushebung 1860 — 1854, 1864 — 2527 Mann. Verzogen waren von den Nichtausgehobenen im Jahre 1864 — 243, unermittelt geblieben 13, ohne Entschuldigung ausgeblieben 14, vorher als 3jährige Freiwillige eingetreten 67, zum 1jährigen Dienst berechtigt 394, als Theologen vierer Art 12, feldenspflichtig 2, moralisch unfähig 9, augenmäßig unbrauchbar 155, nach dreimaliger Concurrenz unbrauchbar 660, unter 5' — 97. Zum Train wurden bestimmt 25, zeitig unbrauchbar waren 1856 — 888, 1860 — 1448, 1864 — 1835 Mann; es blieben somit zur Aushebung 1856 — 171 Mann, 1860 — 366 Mann, 1864 — 524 Mann. Von diesen kamen zur Infanterie 1856 — 102, 1860 — 214, 1864 — 248 Mann, zur Garde 1856 — 20, 1860 — 45, 1864 — 88 Mann, zur Artillerie 1856 — 22, 1860 — 51, 1864 — 65 Mann, die übrigen zur Cavallerie, zum Train und zu den Bionnierern. Die Anzahl der zur Marine ausgehobenen Personen betrug 1856 — 0, 1860 — 2, 1864 — 5 Mann.

** [Militärisches.] Nachdem die Auflösung der noch bestehenden 12 Landwehr-Cavallerie-Regimenter mit dem Eintritt in das neue Jahr stattgefunden, bleibt als Ersatz die Errichtung der fünften Escadrons bei den sämtlichen 64 preussischen Cavallerie-Regimentern. Wie mitgeteilt wird, sind diese fünften Escadrons für den Fall einer Mobilmachung bestimmt, durch den Austausch von Mannschaften und Pferden die schleunige kriegsmäßige Completierung der vier anderen Escadrons jedes Regiments zu fördern und selber dann zunächst in die Stelle der früheren Depots-Escadrons einzutreten, wobei indeß eine spätere Formation derselben zu Reserve-Cavallerie-Regimentern und dem entsprechend ihre Verwendung im Felde keineswegs ausgeschlossen ist. Als eigentümlich wird vermerkt, daß die zum Theil schon seit sechs Jahren aufgelösten Landwehr-Cavallerie-Regimenter nichtbestehender unter ihrer früheren Benennung noch immer in der jährlichen Rang- und Quartierliste aufgeführt werden. Auch die bei dem 1., 4., 5., 6., 7. und 8. Armecorps noch bestehenden Artillerie-Handwerks-Compagnien sind mit dem 1. Januar aufgelöst worden, und sollen dieselben bekanntlich in den Armee-Verkäufen durch Civilarbeiter ersetzt werden, was zum Theil auch schon geschehen ist.

→ Die Kaufleute Fernb. Guttentag und Mattes Sohn haben in der vergangenen Woche von dem preussischen Kriegsministerium die im vorjährigen Kriege bei Königgrätz in dem eroberten Wagenpark vorgefundenen österreichischen Militärrequisiten, bestehend in ca. 3000 Waffentrümmern, ebensoviel Beinkleidern, 12000 Westen, Handschuhen u. s. w. angekauft. Da sämtliche Montirungsgegenstände noch ungebraucht und größtentheils ungeladene sind, so verjüchten die obengenannten beiden Kaufleute, dieselben wieder an die österreichische Regierung zu verkaufen, doch ist ihnen dieser Tage ein abschläglicher Bescheid zugegangen.

— [Den nächsten Sonntags-Vortrag] im Musiksaale der k. Universitäts wird Herr Verhauptmann und Geheimer Ober-Bergrath a. D. Stadtrath Dr. phil. von Carnall halten; sein Thema ist: „Die Leute auf und in den Bergwerken“.

→ [Die Gesellschaft der Freunde,] welche vor einigen Jahren von der Regierung Corporationsrechte erhielt und daher das auf der Vishofstraße belegene Grundstück „zum König von Ungarn“ acquiriren konnte, feierte gestern selbst in ihrem Vereinslocal das 46jährige Stiftungsfest. Die ca. 500 Mitglieder zählende Gesellschaft war durch 170 Mitglieder vertreten und hatte man von Seiten des Vorstandes alles Mögliche aufgeboden, das Fest zu einem gemüthlichen zu gestalten. Sinnige Toaste, launige Gedichte und humoristische Vorträge wechselten fortwährend ab und trugen dazu bei, die Tafelfreunden wesentlich zu erheben.

→ [Dr. Ernst Dietrich.] Oestern starb plötzlich am Herzschlag Dr. phil., Dietrich in Neumarkt, in dessen Nähe er einen Freund besucht hatte. Abiturient der Realschule am Zwinger, studirte er Naturwissenschaften in Breslau, Berlin und Heidelberg, wo er promovirte. Er erhielt dann eine Anstellung als Assistent am Laboratorium und Docent in Proslau; nach Abgang des Prof. Schwarz von Breslau zog er hierher und gründete ein technisch-chemisches Laboratorium. Durch seine Vorträge im Handwerker- und Gewerbeverein ist er in hiesigen, durch viele wissenschaftliche Aufsätze in weiteren Kreisen bekannt geworden. Insbesondere verdankt man ihm einen sehr zuverlässigen volumetrischen Kohlensäurebestimmungsapparat, sowie einen vorzüglichsten Apparat zur Schwämmung von Aetheräther bei deren Analysen.

H. B. [Theaterkapelle.] In dem gestrigen 2. Concert des 2. Cyclus hörten wir die 4. Symphonie von Mendelssohn-Bartholdy (A-dur) ganz vorzüglich executiren. Den Meistern neu war die Ouverture zur Oper: „Alf Baba“ von Cherubini. Mit dieser Oper betrat der ausgezeichnete Componist noch einmal im hohen Alter und zwar das letzte Mal in seinem Leben die Bühne. Sie enthält noch eine seltene Friche der Empfindung und glänzende Einbildungskraft, von welcher die vorgeführte Ouverture, die reich an glänzenden Klangeffecten ist, ein beides Zeugnis giebt. Das Concert war wohl das bis jetzt am meisten besuchte und haben wir gerade deshalb Gelegenheit gehabt, zu bemerken, wie föhrend die von uns im 1. Referate gerügten Mängel sind. Die wenigen Stühle, die von dem Damenpublikum übrig gelassen worden, waren von denselben am Bazar benutzt worden, auf dem sie ihre Garderobe zur Schau ausstellten. Abgesehen von der unzweifelhaften Verehrung der Herren, ist es von Seiten der Damen ein Act der Billigkeit, wenn sie die wenigen noch übrig gelassenen Plätze diesen einräumen.

SS [Vermischtes.] Von den Herren Souffleur Ernst Jusubele und Intendant Otto Lutas ist im Selbstverlage der Theater-Album des Interims-Theaters erschienen und an der Theaterkasse zu haben. — Am 22. d. Wts. feiert Herr Musikdirector Wegla sein 25jähriges Künstler-Jubiläum.

→ [Hartherzigkeit.] An der geitrigen Wörte spielte sich eine höchst unerquickliche Scene ab, welche nicht verhehlt, die tiefste Indignation aller Anwesenden hervorgerufen. Ein armer Fronsmaier schuldet nämlich seit längerer Zeit einem hiesigen Banquier für entstandene Differenzen 60 Thaler, welche Schuld er jedoch bis auf 27 Thaler gelöst hatte. Da wegen dieser Restsumme die gerichtliche Klage eingeleitet, auch Execution verfügt, doch dieselbe erfolglos geblieben war, so hatte der Kläger Personalarrest beantragt. Als gestern nun der Executor den Verhaftsbefehl in Ausführung bringen sollte, mannte sich der ohnehin in großer Verdrängnis stehende arme Wailer in seiner Herzensangst nochmals auf der Wörte an den betreffenden Banquier und bat ihn auf's Flehentlichste, doch wenigstens auf seine Kinder Rücksicht zu nehmen, da er der Freiheit beraubt nicht verdienen könne und vollends an den Verhaftsbefehl gebracht würde. „Gehen Sie betteln!“ lautete die Antwort. Entsetzt über einen solchen Bescheid, ergreift der Verdrängte den Arm seines Gläubigers, ließ ihn nicht mehr los und sagte: „Nun so will ich wenigstens in Ihrer Gesellschaft betteln gehen!“ Beide verfügten sich nun von einem Anwesenden zum Andern und Jeder gab bereitwillig nach seinen Kräften 2½, 5, 10 Sgr. und darüber, die auch wirklich der Millionär einsaßte. Als nun

die Summe zusammengecollectirt war, zählte der Reiche die Scherlein der Liebe, aber o Schreden! es fehlen noch 10 Sgr. Selbstverständlich wurde auch diese geringe Summe erlegt, und glaubte man allgemein, daß derselbe befriedigt sein würde, doch dieser rief: „Wo bleiben die Kosten?“ Der Ausspruch Ben Albas: „doh schon Alles einmal dagewesen sei“, dürfte sich in vorstehendem Falle wohl nicht bestätigen.

→ In der Nacht vom 9. zum 10. d. M. fühlte sich die auf der Mühlgasse Nr. 12 wohnende Maurerfrau Wicke höchst unwohl, hatte jedoch noch Kraft genug, aufzustehen, um ihren Mann zu wecken. Wie erschrocken sie aber, als sie ihn mit aller Mühe nicht erwecken konnte, sondern sich davon überzeugen mußte, daß er leblos sei. Auf ihr Geschrei kamen die Bewohner des Hauses zusammen, die außerdem noch wahrnahmen, daß die 6jährige Tochter der Geheule gleichfalls verschiedenes sei. Der herbeigerufene Wundarzt, Herr Knebel, constatirte, nachdem er beiderseits Wiederbelebungsversuche gemacht, eine Vergiftung beider Personen durch Kohlengas.

— [Feuersgefahr.] Heute Vormittag kurz nach 8 Uhr rückte die Feuerwehr nach dem Hause Hummeri Nr. 6, woselbst beim Abziehen von Brennwein der Hut von der Wase getrieben und der Brennwein in Brand gerathen war. Nach kurzer Thätigkeit der Feuerwehr war die Gefahr beseitigt.

** [Liegeln, 11. Jan. [Der ev. Kranken-(Dioconissen-) Verein.] Im Laufe des Jahres 1866 sind von den 3 Dioconissen in Liegeln 248 Kranke in ihren Häusern gepflegt worden. Darunter waren 235 evang., 4 luth., 9 kath. — 114 sind genesen, 4 in andere Pflüge übergegangen, 108 gestorben, 22 in Pflüge verblieben. An arme Kranke wurden gegeben 701 Suppen und 191 Portionen Gien, welche von Wohlthätern dargereicht waren; außerdem 1642 Suppen aus Vereinsmitteln, in Summa 2534 Portionen. Die Armen sind, wie früher, auch mit Wäsche, Betten und Kleiden unterstützt worden. Zu Weihnachten wurde 86 Armen und Kranken eine reichliche Bescherung von Lebensmitteln, Kleidungsstücken u. dergleichen. Diese 3 Schwestern waren fast 3 Monate hindurch (vom 15. Juni bis 11. Sept.) im hiesigen Reserve-Militär-Lazareth thätig und konnten durch ihre Pflüge der Verwundeten und Kranken zur Binderung der Kriegsnoth beitragen. Die betreffenden Behörden haben diesem Dienste die ehrendste Anerkennung zu Theil werden lassen. Auf die Kriegsnoth folgte die Choleraepidemie, und es fügte sich glücklich, daß bei der Zunahme derselben die Schwestern sich wieder mit ungetheilte Kraft der Gemeindegesehne widmen konnten. Eine unserer Schwestern erkrankte in diesem Liebeswerke selbst lebensgefährlich, ist aber, Gott sei Dank, gerettet worden.

→ [Waldenburg, 9. Januar. [Wahlangelegenheit.] Vom Freiherrn v. Bedlich und Neutirch auf Konau, derzeitigen Landrathsamts-Verweser, ist ein gedrucktes Schreiben unter Kreuzband und amtlichem Verschluss an mehrere hiesige Bewohner und wahrscheinlich auch nach außerhalb der Stadt gegangen, daselbst Schriftstück auch als Placat an den Eden der Stadt angeschlagen und in unseren beiden Socialblättern (im h. Kreisbl. an der Spitze des amtlichen Theiles) mit der Aufschrift: „An die Wähler zum norddeutschen Reichstage im Kreise Waldenburg“ abgedruckt worden, in welchem am Schlusse ausgeprochen ist, daß ein durch seine Intelligenz ausgezeichnete Kreis, wie der Waldenburger, den besten Vertreter in seiner Mitte antreffen können muß. Als solchen wünscht der Verfasser des Schriftstücks den königl. Rechtsanwält und Notar, Herrn v. Chappuis, im hiesigen Kreise gewählt zu sehen. In der heutigen Versammlung stimmberechtigter Wähler aller Parteien, welche unter dem Vorhitz der Herren Justizrath Karsten, Kaufmann Beholdt und Dr. Kranz, Nachmittags 4 Uhr, im Saale des Gasthofes zum „schwarzen Hahn“ hier selbst stattfand, war die große Majorität nicht der Ansicht. Nachdem der Vorstehende, Justizrath Karsten, u. A. seine Gründe, warum er nicht für die Candidatur des in oben gedachtem amtlichen Schriftstücke vorgeschlagenen Herrn stimmen könne und eine Wahl des Stadtraths Herrn Westen der Versammlung warm empfohlen, nachdem Dr. Besser in längerer Rede für Herrn v. Chappuis gesprochen, von den Herren Kranz und Kaufmann auch die Wahl des Herrn Commercien-Rath Reichensheim, für welchen auch Dr. Besser gestimmt haben würde, vorgeschlagen worden war, entschied sich die Majorität der Versammlung für die Candidatur des Stadtgerichts-Raths Herrn Westen zu Berlin. — Es erfolgte zum Schluß die Wahl eines Comites, zunächst von 5 Personen, der Herren A. Vater, H. v. Hübner, Karsten und A. Beholdt welchem anbeimgelassen wurde, sich selbst nach Bedürfnis zu erweitern und die ganze Wahl-Angelegenheit zu leiten.

→ [Reichenbach, 10. Jan. [Die Wahl zum norddeutschen Parlament.] Eine Anzahl Wähler hat an unseren Abgeordneten, Stadtgerichtsrath Westen, die Anfrage gerichtet: ob er geneigt sein würde, eine event. auf ihn fallende Wahl zum norddeutschen Parlament für den hiesigen Wahlkreis anzunehmen? — Westen hat heute zustimmend geantwortet und soll jetzt seine Candidatur aufgestellt werden. Das Auftreten T.'s in seiner bisherigen parlamentarischen Laufbahn hat im hiesigen Kreise ihm so viele Freunde erworben, daß man darauf rechnen kann, daß ihm eine große Anzahl Stimmen zufallen wird. Man hofft auch, daß dieser Candidat den Wählern des Neuberger Kreises genehm sein werde. — Wir haben selbst in conservativen Kreisen den Hrn. Westen als geeignete Persönlichkeit für das norddeutsche Parlament bezeichnen hören.

→ [Vollenhain, 10. Jan. [Parlamentarisches. — Wirksamkeit der grauen Schwestern. — Stürme und Vorkämpfer.] Die Kreis Landesbuth, Vollenhain und Zauer haben einen Abgeordneten zum norddeutschen Parlament zu wählen. In Privalkreisen wurde als Wahlcandidat in erster Reihe Baron von Rüdthofen auf Brechtelshof aufgestellt. Verhuf einer Verprechung in dieser Angelegenheit versammelten sich heute etwa fünfzig Herren aus den vorgenannten Kreisen im Saale des Gasthofes zum „Hahn“ hier selbst, und wurde darüber discutirt: ob die Versammlung schon jetzt zur Wahl eines oder einiger Candidaten schreiten oder dieser Schritt heute zu unterlassen sei und man in einer anderweitig auszuschreibenden größeren Versammlung an eine eigentliche und directe Vorwahl heranzutreten solle. Man hat sich schließlich für das Letztere entschieden. — Die hier nun seit drei Jahren segensreich wirkenden grauen Schwestern haben — wie aus dem Jahresbericht hervorgeht — im abgelaufenen Jahre 134 Kranke gepflegt, und sind davon 69 vollständig genesen. Nebenbei sind aber auch noch 967 Portionen Essen an arme Nothleidende und Kranke verabreicht worden. Wurde es den treuen und unermüdeten Pflegerinnen doch ermöglicht, am heiligen Abend 32 Arme zu speisen. Der Curator dieser Heil- und Pflageanstalt, unser Varrer Neutirch, bittet: daß auch im Jahre 1867 ein Jeder ein Scherlein beitrage; damit es auch ferner möglich werde, am Krankenbett und an der Armuthstürke wirken und helfen zu können. — Gewaltige Stürme haben in den letzten Tagen und Nächten hier gehaust. Die Hirschberg-Freiburger Post weiß davon zu erzählen. In der Nacht vom 6. zum 7. Januar wurde der diespännige Wagen zwischen Reischdorf und Nimmersatt vom Sturm erfasst, in den Chausseegraben geschleudert und erheblich beschädigt. Ein Passagier erlitt eine kleine Handverstauchung. Unser neues Postgebäude ist recht ansständig und die sämtlichen Räume zweckmäßig, geräumig und behaglich. Das zur Aufnahme des Telegraphen-Apparates bestimmte Gelaß steht leider noch leer.

→ [Brieg, 10. Jan. [Wahl- und Schulangelegenheit.] Obgleich hier noch wenig über die bevorstehenden Reichstagswahlen in der Oeffentlichkeit verlautet, so beschäftigt man sich doch in engeren Kreisen lebhaft mit derselben. Bekanntlich werden die Kreise Brieg und Namslau vereint einen Abgeordneten zum Reichstage zu wählen haben. Hat aber schon bei der letzten Wahl des Landtags-Abgeordneten die liberale Partei im hiesigen Kreise unterlegen, so war bisher im Namslauer Kreise die Partei der Liberalen noch schwächer vertreten. Eine Berathung der liberalen Parteiführer in beiden genannten Kreisen war also dringend nöthig, um wenn irgend möglich, eine Vereinbarung über den Wahlcandidaten herbeizuführen. Demzufolge scheint man sich über die Wahl unseres Herrn Landtags-Abgeordneten Bauinspector Hoffmann zu Gehilich zum Reichstags-Abgeordneten geeinigt zu haben und steht zu hoffen, daß derselbe nicht bloß die Majorität der Stimmen erhalten, sondern auch eine auf ihn fallende Wahl annehmen werde. Andererseits ist nicht zu läugnen, daß man auch sehr gern die Wahl auf unsern Bürgermeister Herrn Dr. Kiebel lenken würde, für dessen Candidatur viele gewichtige Gründe sprechen. Allein es ist dabei nicht zu übersehen, daß die hiesige Bürgerchaft zum größten Theil seine Wahl nicht gerade gern sehen würde, weil man fürchtet, daß für das Ausleben und die Weiterentwicklung unserer vielfach sehr verworrenen Communalverhältnisse gerade jetzt eine längere Entfernung unseres Bürgermeisters vom hiesigen Orte von nachtheiligen Folgen für die Commune begleitet sein dürfte. — Da nach dem Plane des Gymnasialdirectors Guttman von I. Oftern ab eine zweifelhafte Vorschule für das hiesige Gymnasium ins Leben treten soll, so fordert er bereits jetzt zu Anmeldungen in dieselbe aus, und dürfte die Zahl der angemeldeten und noch anzumeldenden Schüler, soweit ich darüber vernommen, sehr leicht die Zahl 60 erreichen. Daß dieses Project natürlich aber sehr tief in die Verhältnisse unserer städtischen evangelischen Knabenschule eingreift, ist leicht zu erkennen.

O. E. Kreis Beuthen D. S. [Zu den Parlamentswahlen.] Nachdem dieser, Ende 1864: 168,488 Einwohner zählende Kreis beufür der Wahl zum norddeutschen Parlamente durch jene im Allgemeinen von DND nach WSW verlaufende Linie, welche schon vor einigen Jahren bei der beschäffigten Kreisheilung ins Auge gefaßt wurde, in die Wahlkreise Beuthen und Kattowitz zerlegt worden ist, fallen auf Ersteren ca. 85,000 Einwohner in 2 Städten (Beuthen, Larnowitz) und 67 Landgemeinden, auf Letzteren ca. 83,500 Einwohner in 2 Städten (Kattowitz, Myslowitz) und 45 Landgemeinden; der West-Kreis Beuthen umfaßt die nördliche, mehr aderbautreibende Region und von dem südlichen eigentlichen Bergbau- und Hüttendistrict des nordwestlichen Biertheil (Fabrze, Ruda), der West-Kreis Kattowitz behält den südlichen, dicht bebölkerten, insbesondere zwischen Morgeroth und Myslowitz, längs der Oberschlesischen Eisenbahn sich ausbreitenden Rest, nebst einem kleinen nach Süd-West herauspringenden ländlichen Gebiete. — Jene, 100,000 nirgendreichende Bevölkerungsziffer entspricht doch einigermaßen der Summe von Intelligenz und volkswirtschaftlichen Werten, welche hier auf engem Raume zusammengehäuft ist und entschädigt dafür, daß andererseits der Kreis Beuthen, welcher die gegenwärtige Durchschnitts-Einwohnerzahl (54,000) für einen preussischen Abgeordneten mehr als 8 Mal enthält, auch nur 2 Vertreter nach Berlin entsendet. — Aus der Mittheilung Jhrs B.-Correspondenten erlah man, was bisher geschehen ist oder besser gesagt: was erst geschehen soll, um der liberalen Partei den Sieg zu erringen: man hat allerdings schon Candidaten aufgestellt, d. h. hier und da ist von Einzelnen oder in localen Gesellschaftskreisen die Ansicht oder auch nur die Vermuthung ausgeprochen worden, der oder jener sollte, könnte, dürfte gewählt werden, — bei diesem oder jenem sei es keine Frage daß ihm alle Stimmen sicher seien u. s. w. Durch solche Phrasen beschönigt Mancher gern seine Unthätigkeit, — indem man es mit den directen Wahlen doch gar zu leicht nimmt, an sie den Maßstab der bestmöglichen Wahlmanerfolge legt, welche bei einiger freier Bewegung hier gewöhnlich der liberalen Partei gänzlich sind. Jetzt bedarf es einer sehr energischen, möglichst persönlichen Agitation, zumal die Wählermassen für die Einwirkungen der Presse und für weitreichende politische Fragen, wie z. B. die deutsche, ein geringes Verständnis haben und einem in der Stille entgegen arbeitenden unmittelbaren Einflusse unterliegen; — der läßt mich die Siegesgewißheit Anderer nicht theilen, da, mögen immerhin alle Schattierungen der Liberalen und vielleicht auch die nicht feudalen Conservativen im Streben nach einem zeitweiligen gemeinsamen Ziele bezüglich der Wahl gewisser Candidaten, mit Selbstverleugnung der Linken in dem einen, der Rechten in dem anderen Wahlkreise übereinstimmen, sie der mächtigen ultramontanen Partei gegenüberstehen, welche, obwohl heute noch schweigend, je nachdem sie ihre Stellung genommen, im entscheidenden Momente den Ausschlag geben kann. Ihre Parole läßt jede Popularität des Gegners, sie wird im Nord-Kreise die Fahne des einen Grafen hochhalten — im Süd-Kreise hat sie eine Genugthuung für die Niederlage in anderer Wahlwahl ihrem bekannnten, wenn auch noch nicht genannten Candidaten zu erstreiten. — Weit ab von Dr. Wüthel's und seinen sogenannten großdeutschen Genossen dürfte ein Vertreter von solcher Farbe nicht sitzen, und daß er die Meinung der Mehrzahl unserer politisch gebildeten Wähler nicht ausdrückt, ist gewiß; ebenso gewiß aber ist, daß er gewählt wird, wenn die Liberalen säumig bleiben.

P. Gleiwitz, 10. Jan. [Eisenbahn-Unglück.] Wir erfahren soeben, daß ein mit zwei Maschinen bespannter Güterzug vor Neudern durch Entgleisung verunglückt ist. Circa 10 Wagen sind total zertrümmert. Jeder ist dabei ein Menschenleben zu beklagen, und zwar ein Bremser; ein Schaffner soll starke Verletzungen haben. In Folge dieser Entgleisung konnte der Döwienheimer Personenzug nur bis Neudern fahren, da die Passage gänzlich gehemmt ist. — Noch vernehmen wir, daß diese Nacht die Station ein Ertragzug mit der Direction der Oberschlesischen Eisenbahn passiren wird, um die Unglücksstätte zu besichtigen. Auch soll derselbe die nöthigen Arbeiter zur Freimachung der Strecke mitbringen.

Handel, Gewerbe und Ackerbau.

Breslau, 10. Januar. [Erste Sitzung der Handelskammer vom 9. d. M.] Der Vorsitzende gab folgende Uebersicht über die Thätigkeit der Handelskammer im Jahre 1866:

Das Eingangregister schließt pro 1866 mit 1490 Nummern ab; es sind darin 121 Nummern enthalten, welche die Sammlungen für die Armee betreffen. Nach Abzug derselben verbleiben noch 1369 Nummern gegen 1190 Nummern in 1865. Die Zunahme hat ihren Grund darin, daß dem hiesigen königl. Stadtgericht 396 Requisitionen, betreffend Concurs-Bekanntmachungen, gegen 193 in 1865, also über 200 mehr, eingingen. — Plenar-Sitzungen fanden 20 (in 1865: 23). Commissionssitzungen 30 (in 1865: 35) statt.

Außer den beiläufigen Berichten:

- 1) dem Jahresbericht,
- 2) den sechs zweimonatlichen Berichten über Handel und Industrie im diesseitigen Bezirk,
- 3) dem Bericht über den Frühjahrs-Wollmarkt,
- 4) dem Bericht über den Flachsmarkt,

find folgende wichtigere Geschäftsgegenstände hervorzuheben:

- a. betreffend die Handelsgesetzgebung:
 - 1) Antrag an das königliche Stadtgericht, betreffend die Publicationen aus dem Handelsregister;
 - 2) Antrag an den Bleib. Ausschuf, betreffend die Einföhrung der Handelsgerichte in Preußen;
 - 3) Petition an das Abgeordnetenhaus, betreffend den Gesetzentwurf über die Pflichten der Handelsmakler;
 - 4) Bericht an den Herrn Handelsminister, betreffend die Abänderung der Concursordnung.
- b. betreffend die Verwaltung der Handels-Angelegenheiten:
 - 1) Antrag an den Herrn Handelsminister, betreffend die Befugnis der Handelskammer zur Aufser- und Inconcurssetzung von Wertpapieren;
 - 2) Antrag an den Herrn Handelsminister, betreffend die Bewilligung der Postfreiheit bei Versendung der Jahresberichte;
 - 3) Verhandlungen, betreffend die Feststellung des classificirten Vbrsen-Eintrittsgeldes pro 1867;
 - 4) Revision resp. Abänderung der Oelchlußschein-Formulare.

- c. Maß- und Gewichtswesen:
 - 1) Anträge an den Herrn Handelsminister und Oberpräsidenten auf Einföhrung des Gewichtes anstatt des Maßes im Getreidehandel, resp. bei den amtlichen Getreidemotirungen am hiesigen Plage;
 - 2) Bericht an den Herrn Handelsminister, betreffend die Abänderung der Alkoholometer.
- d. Geld- und Creditwesen:
 - 1) Antrag an den Herrn Finanzminister auf Eröfnung öffentlicher Darlehnskassen;
 - 2) Antrag an den Herrn Prob.-Steuerdirector auf Sistrung der Maßnahmen, betreffend die sofortige Zahlung der creditirten Steuerbeträge;
 - 3) Antrag an den Herrn Handelsminister gegen den beabsichtigten Erlaß von Moratorien.

- e. Beziehungen zu fremden Staaten:
 - 1) Antrag an den Herrn Ministerpräsidenten, betreffend die Beschränkungen der russischen Grenz-Zollämter in ihren Etats und Rechten;
 - 2) Bericht an den Herrn Handelsminister, betreffend die Werthbestimmung der in Rußland ein- und ausgehenden Waaren;
 - 3) Antrag an den Herrn Ministerpräsidenten, betreffend die Einberufung Krataus und die Regelung des Handelsverkehrs mit Oesterreich auf Grundlage der Handelsfreiheit.

- f. Betreffend den Zollverein:
 - 1) Antrag an den Herrn Handelsminister auf Erhaltung des Zollvereins und baldige Einberufung des Parlaments;
 - 2) Antrag an den bleibenden Ausschuf, betreffend die Vorlagen für das Parlament.
- g. Betreffend die Gewerbe-Gesetzgebung, Ausstellungen:
 - 1) Antrag an den Herrn Oberpräsidenten, betreffend die Wiederzulassung österreichischer Hausirer zum diesseitigen Gewerbebetriebe;
 - 2) Petition an das Abgeordnetenhaus, betreffend die Freigabe des Gewerbebetriebes im Umherziehen für die Versicherung-Agenten;
 - 3) Verhandlungen, betreffend die Ausstellung schlesischer Seppinnste und Gewebe in Brieg;
 - 4) Bericht an die Central-Commission für die Pariser Ausstellung, betreffend die Anstalten u. zur Wohlfahrt der Arbeiter.

- h. Betreffend das Post-, Telegraphen- und Eisenbahnwesen, Schiffahrt:
 - 1) Verhandlungen mit der Ober-Post-Direction, betreffend die Bestellung der Correspondenz aus Wien und Stettin in das Vbrsenlocal;



Märkisch - Posener Eisenbahn.

Durch Allerhöchste Cabinets - Ordre ist die Anlage der Eisenbahn von Frankfurt a. O. über Schwiebus nach Posen mit einer Abzweigung von Bentschen über Züllichau und Crossen nach Guben genehmigt worden.

Dieselbe stellt sich:

[345]

- 1) In der Linie Posen-Guben als das unentbehrliche Glied einer grossen Verbindungskette dar, welche, so weit sie neu sich einfügt, von Köln anfängt und über Cassel, Halle, Guben, Posen nach Thorn beziehungsweise Warschau gehend, in Petersburg ausmünden wird, auf der Strecke von Halle bis Cassel bereits im Bau begriffen ist und auf der Strecke von Guben nach Halle von der Magdeburg - Leipziger Eisenbahn - Gesellschaft ausgeführt und voraussichtlich gleichzeitig mit der Posen - Gubener Bahn eröffnet werden wird. Der Weg von Warschau bis Köln wird dadurch um etwa 30 Meilen abgekürzt.
2) In der Linie von Posen nach Frankfurt ist dieselbe bei einer Abkürzung von 6 Meilen die directe Verbindung beider Städte und für die Verbindung Posen und Russlands mit Berlin und Hamburg als dringend geboten erkannt worden.
3) Auf der Strecke von Züllichau bis Crossen ist dieselbe zur Aufnahme der längst projectirten Bahn von Liegnitz über Glogau, Nonsalz nach Grünberg bestimmt, welche die nothwendige Fortsetzung und Ergänzung der Breslau-Freiburg-Frankenstein-Liegnitzer Bahn bildet und für die Weiterführung der Niederschlesischen Kohlen von der grössten Wichtigkeit und als ein dringendes Bedürfniss von der Staatsregierung anerkannt ist.

Wir machen hiermit bekannt, dass wir noch einen Rest von Thlr. 400,000. Stamm-Actien à 80 pCt., 500,000. 5pCt. Stamm - Prioritäts-Actien à 95 pCt.

erlassen. Bei Zeichnung von Actien sind sofort 10 pCt. baar oder in Cours habenden Effecten zu deponiren. Die Verzinsung der baaren Einzahlungen mit 4 pCt. bei den Stamm-Actien und 5 pCt. bei den Stamm-Prioritäts-Actien beginnt mit dem Tage der Einzahlung. Vollzahlungen sind statthaft.

Die sächsische Bank zu Dresden in Dresden. Die allgemeine deutsche Credit - Anstalt in Leipzig.

L. A. Hahn in Frankfurt a. M. L. Mende in Frankfurt a. O. S. H. Hahlo in Cassel. Reinhold Stockner in Halle a. S. F. W. Krause & Co., Bankgeschäft in Berlin.

An die Wähler des Wahlbezirks Kreis Breslau und Neumarkt.

Als Abgeordneten für das norddeutsche Bundes-Parlament wird der Kreis-Gerichts-Director Wächler zu Breslau vorgeschlagen und empfohlen. Derselbe ist bereit, eine auf ihn fallende Wahl anzunehmen. Er hat den Wahlkreis im Abgeordnetenhaus seit dem Jahre 1858 bis 1865 vertreten und das Vertrauen seiner Wähler gerechtfertigt. Wir halten es für Ehrensache, diesen Mann wieder zu wählen. Das liberale Wahl-Comite. [1096]

Wahlkreis Rattowitz

am 13. Januar 1867, Nachmittags 3 1/2 Uhr, in Welts Hotel zu Rattowitz Wähler-Versammlung zur Besprechung der Wahl für das norddeutsche Parlament, ohne Unterschied der sonstigen Parteistellung. [490] Der Wahlkreis umfasst unter andern die Orte: Antonienhütte, Lipine, Schwientochlowitz, Lagiewnit, Königshütte, Siemianowitz, Myslowitz und deren nächste Umgegend.

Öffentliche Subscription.

Das Comptoir d'Escompte von Paris übernahm die Emission von 173,186 Titeln oder Theilen einer Civil-Gesellschaft, constituirte am 4. Januar 1867 von Herren Dufour & Cottin, Notare zu Paris, zum Zweck des Empfanges und der Reparation unter allen Theilnehmern von Zwanzig Annuitäten von je 8,750,000 Fr., zahlbar zu Paris durch die spanische Regierung.

Diese Privat-Gesellschaft wird bestehen aus allen Subscribenten. Bereits gehören dazu: Herren Fould & Cie., Abarroa, Urribarren & Goguel, Hottinguer & Cie., Macquard, André & Cie., Mallet freres & Cie., Pillet Will & Cie., A. Pinard, J. A. Seillière.

Bedingungen.

Die Titel werden zu 450 Fr. emittirt, Zinsgenuss vom 1. Januar l. J. Sie tragen ein jährliches Interesse von 40 Fr., halbjährig am 1. Juli und 1. Januar i. J. zahlbar. Sie sind an porteur und binnen 20 Jahren zu 500 Fr. heimzahlbar mittelst halbjähriger Verlosung.

Garantien.

Außer der directen Haftung der spanischen Regierung haben diese Titel als Garantie: Ein Unterpand von Hypotheken-Zetteln (Pagares genannt), an die Ordre der spanischen Staatskasse unterschrieben, von den Ankäufern der National-Güter als Saldo und an Zahlung des Theiles des noch zu zahlenden Preises dieser Güter. Die als Unterpand gegebenen Pagares belaufen sich auf die Summe von Siebenhundert Millionen Realen, d. i. mehr als Hundert fünf und Siebenzig Millionen Franken. Sie werden beim Comptoir d'Escompte von Paris, dem statutenmäßigen Mandatar der Gesellschaft, hinterlegt.

denz des deutschen Handelstages. Ebenso der Bericht der Commission des preussischen Abgeordnetenhauses über den Wallerzweigentwurf, welcher mit den in der Petition der Breslauer Handelskammer entwickelten Anschauungen zwar nicht übereinstimmt, aber denselben doch das Zeugnis rein objectiver, von Sonderinteressen freier Haltung ertheilt. — Rathhabit wurden der zweimonatliche Geschäftsbericht und ein von dem Herrn Oberpräsidenten erforderlicher Bericht, der ein Verzeichniss der bedeutendsten Eisen- und Stahlwaarenfabriken hiesiger Provinz aufstellt; nicht minder ein Schreiben an die königl. Regierung, in welchem um die Lieferlegung des Oberbettes in Breslau gebeten wird. — Die Commercedeputation in Hamburg hat der Versammlung eine Denkschrift mitgetheilt, in welcher sie bei aller Anerkennung des Principes der allgemeinen Wehrpflicht doch den Wunsch ausspricht, dass Jemand, der seiner Dienstpflicht bei der Fahne genügt habe, von jeder Einberufung zu den Uebungen sowie zu eventueller Kriegsbereitschaft oder Mobilmachung dispensirt bleiben soll, so lange er an einem außereuropäischen Plage in kaufmännischen Geschäften eine Anstellung hat oder etabliert ist und hierüber regelmäßig Consulatsatteste beibringt. Die Handelskammer erkannte die Wichtigkeit dieses Gegenstandes auch für die Binnenplätze an, da insbesondere auch viel Breslauer und schlesische junge Kaufleute auf transatlantischen Plätzen wirken, und beschloss daher sich in gleichem Sinne zu vernehmen. — Zur Vorbereitung der Frage über die Anlage von Petroleum-Lagern außerhalb der Stadt wurde eine Commission niedergesetzt, bestehend aus den Herren Geh. Commercierrath Molinari, Lobe und Neugebauer.

Breslau, 11. Jan. [Börse.] Bei matter Haltung waren die Course aller Bahnen und Fonds niedriger, dagegen wurden Amerikaner in Folge niedrigeren Goldagio's aus Newyork höher bezahlt. Oesterr. Creditbank-Actien 60 1/2 Gld., National-Anleihe 52 1/2 bez. und Gld., 1860er Loose 63 1/2 bez., Bantnoten 76 1/2 - 76 3/4 bez. Oberschlesische Eisenbahn-Actien Litt. A. und C. 175 1/2 bez. und Gld., Freiburger 141 1/2 bez. und Gld., Wilhelmshafen 53 1/2 Br., Oppeln-Tarnowitzer 75 Br., Neisse-Brieger — Warschau-Wiener 60 1/2 bez. und Gld., Schles. Bantverein 112 Br., Amerikaner 76 1/2 - 77 1/2 bez., Minerva 37 Br., Schles. Rentenbriefe 92 Br., Schles. Pfandbriefe 87 1/2 bez. und Br., Russisch. Papiergeld 81 bez.

Breslau, 11. Januar. [Amtlicher Producten-Börsen-Bericht.] Kleefaat, rothe matt, ordinäre 12-13 Thlr., mittlere 13 1/2 - 14 1/2 Thlr., feine 16-17 1/2 Thlr., hochfeine 18 1/2 - 18 3/4 Thlr., — Kleefaat, weisse still, ordinäre 17-20 Thlr., mittlere 20 1/2 - 22 1/2 Thlr., feine 25-27 Thlr., hochfeine 27 1/2 - 28 Thlr. pr. Centner.

Woggen (pr. 2000 Pfd.) höher, get. — Str., pr. Januar 55 1/2 Thlr. bezahlt, Januar-Februar 54 1/2 Thlr. Br., Februar-März — März-April — April-Mai 53 1/2 - 1/2 Thlr. bezahlt und Gld., Mai-Juni 54 1/2 bezahlt u. Gld. Weizen (pr. 2000 Pfd.) get. — Str., pr. Januar 77 1/2 Thlr. Br. Gerste (pr. 2000 Pfd.) get. — Str., pr. Januar 49 1/2 Thlr. Br. Hafer (pr. 2000 Pfd.) get. — Str., pr. Januar 43 Thlr. Br. Raps (pr. 2000 Pfd.) get. — Str., pr. Januar 94 Thlr. Br. Rüböl (pr. 100 Pfd.) fest, ohne Umfag, get. — Str., loco 11 1/2 Thlr. pr. Januar 11 1/2 Thlr. bezahlt und Gld., Januar-Februar und Februar-März 11 1/2 Thlr. Gld., 11 1/2 Thlr. Br., März-April — April-Mai 11 1/2 Thlr. Gld., 11 1/2 Thlr. Br., Mai-Juni 11 1/2 Thlr. Br., September-October 12 Thlr. Br. Spiritus höher, get. 5000 Quart, loco 16 1/2 Thlr. Br., 16 1/2 Thlr. Gld., pr. Januar und Januar-Februar 16 1/2 - 17 1/2 Thlr. bezahlt, 16 1/2 Thlr. Br., Februar-März — März-April — April-Mai 17 1/2 Thlr. Gld., Mai-Juni 17 1/2 Thlr. Br., 17 1/2 Thlr. Gld., Juni-Juli 17 1/2 Thlr. bezahlt und Gld., 18 Thlr. Br. Zint fest, ohne Umfag.

Die Börsen-Commission.

Personalien.

Der provis. Lehrer Carl Walter in Brisselwitz als Adjub. nach Raubitz, Kr. Frankenstein. Der seith. interim. Lehrer Ernst Seemann in Gostin, Kr. Pleß, als Schullehrer dajelbst. Hilfslehrer Aug. Großpietsch in Kostenblut als Schullehrer nach Vordorff-Struße, Kr. Neumarkt. Adjub. Ed. Lasta in Zmorow als solcher nach Gr. Kottulin, Kr. Gleiwitz. Adjub. Rich. Risch in Biskupitz als Local-Adjub. nach Carl-Emanuel, Kr. Neuthein. Schulamts-Cand. Herrn. Sidan in Gr. Dubensko als Adjub. nach Klimawitz, Kr. Neuthein. Schulamts-Cand. Aug. Seifert in Neutadt als Adjub. nach Waude, Kr. Neisse. Adjub. Herrn. Kofinte in Waude als solcher nach Sonnenberg, Kr. Falkenberg.

Abend-Post.

** Breslau, 11. Januar. [Wahlangelegenheit.] In der heutigen zahlreich besuchten Versammlung der altliberalen Partei sind die vom Comite vorgeschlagenen Candidaten für das norddeutsche Parlament, und zwar Oberbürgermeister Hobrecht für den westlichen, Geh. Commercierrath Molinari für den östlichen Breslauer Wahlkreis, fast einstimmig acceptirt worden. Näherer Bericht folgt.

Telegraphische Depeschen.

Berlin, 11. Jan. Die Handels- und Finanz-Commission des Abgeordnetenhauses beschloß die Aufhebung des Salzmonopols betreffend, die Ernennung einer Subcommission behufs der Umarbeitung des Gesetzentwurfs. Die Justiz-Commission beschloß, betreffend den Antrag der Verweisung der Pressprozeße u. s. w. an die Schwurgerichte; der Antrag involvirte eine Verfassungsänderung deren Vorschlag jetzt inopportun sei. Dagegen sei ein Antrag um Aufhebung des Staatsgerichtshofes im Hause einzubringen.

Die „Nordd. A. Z.“ schreibt: Die Regierung mache gegen die Straflosigkeit der Berichte über die Parlamentsitzungen keine Einwendung, für den Diätenantrag sei die Zustimmung der Regierung fraglich. Preußen betreibt eifrig die Verhandlungen mit dem Fürsten Thurn-Taxis wegen Ueberlassung des Postmonopols, um womöglich noch in dieser Landtagsession den Vertrag vorzulegen. (Vgl. unsere obige Berliner s-Notiz, die dasselbe meldet. D. Red.) (Wolff's Z. V.)

Petersburg, 11. Januar. Der Nozlow-Woronesch-Eisenbahn-Gesellschaft ist die Emission von Obligationen von 5 Millionen preussischer Thaler gestattet, mit einer Zinsgarantie von 5 und Tilgungsgarantie von 1/10 pCt. Das russische Staats-Controllsystem ist im Königreich Polen eingeführt. (Wolff's Z. V.)

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Berliner Börse vom 11. Januar, Nachm. 2 Uhr. [Schluß-Course.] Bergisch-Märkische 150. Breslau-Freiburger 141 1/2. Neisse-Brieger 104 1/2 (A). Kofel-Oberberg 53 1/2. Galizier 83 1/2. W. Köln-Minden 144 1/2 (?). Lombarden 102 1/2. Mainz-Ludwigshafen 128 1/2. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 80 1/2. Oberschles. Litt. A. 174 1/2. Oesterr. Staatsbahn 105 1/2. Oppeln-Tarnowitz 75. Rheinische 114 1/2. Warschau-Wien 60 1/2. Darmstädter Credit 80 1/2. Disconto-Commanbit —. Minerva 36 1/2. Oesterr. Credit-Actien 60 1/2. Schles. Bantverein 113 1/2. Sproc. Preuss. Anleihe 108 1/2. 4 1/2 proc. Preuss. Anl. 98 1/2. 3 1/2 proc. Staatsanleihe 84 1/2. Oesterr. National-Anl. 52 1/2. Silber-Anleihe 58 1/2. 1860er Loose 64. 1864er Loose 38 1/2. Ital. Anleihe 53 1/2. Amerikan. Anleihe 76 1/2. Russ. 1866er Anleihe 87 1/2. Russ. Bantnoten 81 1/2. Oesterr. Bantnoten 76 1/2. Hamburg 2 Monate —. London 3 Monate —. Wien 2 Monate 75 1/2. Warschau 8 Tage —. Paris 2 Monate —. Russisch-Polnische Schatzobligationen 61 1/2. Polnische Pfandbriefe 61 1/2. Baiterische Prämien-Anleihe 99 1/2. 4 1/2 proc. Oberschles. Prior. F. 93 1/2. Schles. Rentenbriefe 91 1/2. Posener Creditbank 88 1/2. Fonds überhaupt. Actien matt, mäßig belebt.

Wien, 11. Januar. [Schluß-Course.] Sproc. Metalliques 59. 40. National-Anlehen 69. 50. 1860er Loose 84. 40. 1864er Loose 75. 40. Credit-Actien 159. 20. Nordbahn 160. 40. Galizier 219. 25. Böhmische Westbahn 187. 50. Staats-Eisenbahn-Actien-Cert. 207. 60. Lomb. Eisenbahn 203. 75. London 132. 60. Paris 52. 70. Hamburg 99. 75. Kassenscheine 196. 75. Napoleonsd'or 10. 60.

New-York, 10. Januar. Wechsel auf London 109 1/2. Gold-Agio 33 1/2. Bonds 106 1/2. Baumwolle 34 1/2. Petroleum raffiniertes 29 1/2. Zinnlots 118. Erie 83.

Berlin, 11. Januar. Woggen: matt. Jan.-Febr. 57, Febr.-März —, April-Mai 56 1/2, Mai-Juni 56 1/2. — Rüböl: fest. Jan.-Febr. 11 1/2, April-Mai 12 1/2. — Spiritus: ermattend. Jan.-Febr. 17 1/2, Febr.-März 17 1/2, April-Mai 17 1/2, Mai-Juni 17 1/2. (W. Kuririll's Z. V.) Stettin, 11. Januar. [Telegr. Dep. des Bresl. Handelsbl.] Weizen behauptet, pro Jan.-Febr. 86 1/2, Frühljahr 87 1/2. — Roggen fester, pro Jan.-Febr. 54, Frühljahr 55 1/2, Mai-Juni 56. — Gerste unbedeutend, pro Frühljahr —. — Hafer unbedeutend, pro Frühljahr —. — Rüböl behauptet, pro Jan.-Febr. 11 1/2, April-Mai 12 1/2. — Spiritus steigend, pro Jan.-Febr. 16 1/2, Frühljahr 16 1/2.

- 2) Antrag an den Herrn Handelsminister, betreffend den Postverkehr mit Oesterreich während des Krieges;
3) Antrag an den Herrn Ober-Postdirector, betreffend die Mittheilung von Aenderungen im Postwesen;
4) Antrag an die königl. Direction der Wilhelmshafen- und wiederholter Antrag an den Herrn Handelsminister, betreffend die Beschleunigung des Briefverkehrs zwischen Breslau und Wien;
5) Antrag an den Herrn Handelsminister auf Herabsetzung der Gebühren für den Telegraphenverkehr zwischen Preußen und Sachsen;
6) Verhandlungen, betreffend den Bau der Nechten-Oberufer-Bahn resp. Anlage des hiesigen Bahnhofes;
7) Antrag an den Herrn Handelsminister, Oberpräsidenten und Bericht an die königliche Regierung, betreffend den Weiterbau der schlesischen Gebirgsbahn nach Olas auf schlesischen Gebiete;
8) Antrag an die königliche Direction der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn auf Beilegung der Verkehrsstörungen auf hiesigem Bahnhofe;
9) Anträge an den Herrn Handelsminister, den Herrn Provinzial-Steuer-Director und Verhandlungen, betreffend die Verkehrsstörungen auf dem Oberschlesischen Bahnhofe;
10) Antrag an den Herrn Handelsminister, betreffend die Verbesserung der Eisenbahn- und Postverbindungen zwischen Leipzig und Breslau;
11) Antrag an die königl. Regierung auf Regulirung des Fahrwassers der Oder in Breslau.

i. Betreffend das Zoll- und Steuerwesen:
1) Antrag an den Herrn Handelsminister und Petition an das Abgeordnetenhause, betreffend die Befreiung der Uebergangsabgabe auf Tabak;
2) Bericht an den Herrn Handelsminister, betreffend die Ermäßigung des Eingangszolles für leinene rohes Maschinengepinnst nach Oesterreich;
3) Antrag an den Herrn Prov.-Steuer-Director, betreffend die zollmässige Behandlung der Farbehölzer im Verkehr mit Oesterreich;
4) Antrag an den Herrn Handelsminister auf Befreiung der Elbzölle und der Transit-Abgabe auf der Berlin-Hamburger Bahn.

k. Betreffend Beschwerden:
1) Verhandlungen, betreffend den Erlaß einer Adresse an den König auf Erhaltung des Friedens;
2) Geld- und Naturalien-Sammlung zur Versorgung der Feldarmee und der Lazarethe mit Erfrischungsgegenständen. — Auf Requisition der Gerichte wurden im abgelaufenen Jahre 39 Gutachten über Ujancen ertheilt, endlich 46 Anträge über Course, Producten- und Waarenpreise beantwortet.

Die Bibliothek ist im Jahre 1866 durch 251 Zugänge vermehrt worden. Aus dem Geschäfts-Bericht der Obren-Commission und des Obrenschiedsgerichts ist folgendes hervorzuheben: Das Geschäfts-Journal weist 298 Einläufe und das Börsen-Ausgangs-Registrier 464 Publicationen nach. Plenar-Sitzungen haben 6 und schiedsgerichtliche Termins-Verhandlungen 87 stattgefunden. Prozeße wurden eingeleitet 132, von denen 105 aus dem Producten- und 27 aus dem Fonds-Geschäfte herrühren. Von diesen kamen nicht zur Verhandlung, weil

Table with 2 columns: Description of legal cases and their counts. Includes 'Eine der Parteien in früheren Fällen das Compromiß verweigert hatte, und das Schiedsgericht sich deswegen auf eine Verhandlung nicht einließ' (7), 'Die Klage vor der mündlichen Verhandlung zurückgenommen wurden' (43), 'Verklager das Compromiß verweigerte' (12), 'Verklager zu den Fahnen einberufen war' (1), 'Kläger wegen mangelnden Compromißes abgewiesen werden mußte' (1). Summa 64.

Table with 2 columns: Description of legal cases and their counts. Includes 'Zur wirklichen Verhandlung kamen 68 Proceße und zwar wurden erlegt ohne contrabictorischen Verfahren' (7), 'durch Contumacialerkenntnis' (21), 'Anerkenntnis' (14), 'Vergleich' (24), 'Abweisung des Klägers' (8). Summa 50.

Nach erhobenem Widerspruch (contrabictorisch) erkannt: ohne Beweisaufnahme (4), nach erhobenem Beweise (10). Summa 14.

Die Hilfe des ordentlichen Gerichts wurde in Anspruch genommen: zur Annahme von Parteien-Eiden (3), 'Zeugen-Eiden' (1). Summa 4.

Unersledigt blieben 4 Proceße. Die Liste der Teilnehmer an den täglichen Börsen-Versammlungen weist 563 Mitglieder und das Fremdenbuch 459 Fremde nach. — Das Ründigungs-Registrier schließt mit Nr. 1839. Zur Präsentation resp. Abstempelung gelangten:

Table with 2 columns: Commodity and quantity. Includes 'Woggen' (351,000 Centner), 'Rüböl' (37,000), 'Spiritus' (4,355,000 Quart), 'Hafer' (41,000 Centner), 'Weizen' (2,000), 'Rapskuchen' (2,700), 'Leinöl' (1,000).

Der Vorstehende mußte an diese Mittheilungen die Betrachtung, daß die Handelskammer mit Vertheilung auf ihre Thätigkeit während des abgelaufenen Jahres nicht nur in geschäftlicher, sondern auch in Beziehung auf die von ihr veranstalteten Sammlungen zur Versorgung der Feldarmee und der Lazarethe mit Erfrischungsgegenständen, welche in Folge der Opferwilligkeit der Bevölkerung Breslaus und ganz Schlesiens ein reiches Resultat geliefert hätten, zurückblicken könne. Doppelt erfreulich mußte es dem Collegium sein, daß die Thätigkeit des Mannes, der sich um die Leitung dieser Sammlungen und ihrer Verwendung das hervorragende Verdienst erworben, durch die Gnade Sr. Majestät des Königs ausgezeichnet anerkannt sei; er fordere die Verammlung auf, in den Glückwunsch einzustimmen, welchen er in ihrem Namen dem Herrn Commercierrath Molinari zu seiner Ernennung zum Geheimen Commercierrath darbringe. Sämmtliche Anwesende erhoben sich bei diesen Worten. — Es wurde sodann seitens der Revisions-Commission über die Revision der Rechnungen dieser Sammlungen berichtet und beschloßen, dem Ausschusse, welcher sich den Sammlungen und deren Verwendung unterzogen, sowie dem schles. Bantverein, welcher die Kassensführung übernommen, Decharge zu ertheilen. — Die Einschätzung der Börsenbesucher in die verschiedenen Klassen hat bis jetzt im Ganzen acht Reclamationen wegen vermeintlicher Ueberbürdung hervorgerufen, von denen nach sorgfältiger Prüfung nur zwei als begründet anerkannt werden konnten. — Das Börseneintrittsgeld der Schiffsmatler wurde auf 3 Thlr. festgestellt. — Der vom Handelsminister erforderte Bericht über verschiedene Aenderungen der Concurdordnung wurde nach ausführlicher Discussion festgestellt. Bei den Verhandlungen über die Verkehrsstörungen auf der Oberschlesischen Eisenbahn war es, wie bereits früher erwähnt, zur Sprache gebracht worden, daß die Steuerbeamten den Schluß der Dienststunden mit großer Pünktlichkeit innehielten und daß die Verwaltung der Oberschlesischen Eisenbahn, sowie der hiesige Handelsstand hierin ein Hinderniß prompter Güterabfertigung erblicke. Die Handelskammer hatte sich deswegen an den Herrn Provinzialsteuer-Director gewandt um die Bitte, anzuordnen, daß für die Zeit besonderer Güteranhäufung die Steuerbeamten auch die Mittagsstunde hindurch arbeiteten. Der Hr. Provinzialsteuer-Director hat diesen Antrag mit dem Bemerkten abgelehnt, daß die Zollpedition am Oberschlesischen Bahnhofe während der Verkehrsstörung selbst an Sonntagen und auch an den Wochentagen außerhalb der Dienststunden abgefertigt und ihre Arbeiten bis in die späte Abendstunde fortgesetzt habe; es sei indessen während jenes Zeitraumes erfahrungsmäßig nicht so viel Gut zur Abfertigung vorgeführt worden, als während der Dienststunden abgefertigt werden konnte. Die Versammlung beschloß, die Direction der Oberschlesischen Eisenbahn von diesem Schreiben des Provinzialsteuer-Directors in Kenntniß zu setzen. — Auf Anfrage des Herrn Handelsministers erklärte es die Kammer für wünschenswerth, daß in Wahlhausen ein schles. Consulat errichtet werde; sie äußerte sich gleichzeitig über die Befreiung dieser Stelle. — Mit Rücksicht darauf, daß die königl. Militär- und Marine-Behörden in den Ostsee-Provinzen wiederholt Lieferungen von Steinölen mit der bestimmten Clause ausgeführt haben, daß die Kohlen aus englischen Gruben sein müssen, beschloß die Handelskammer bei dem vorgesezten Minister dahin vorstellig zu werden, daß, da nach Versicherung schlesischer Producten die oberschlesische Steinöle ebenfalls brauchbar sei als die englischen und schottischen Producte, er sich dafür verwenden möge, daß bei kommenden Gelegenheiten die schlesische Steinöle zur Concurdenz zugelassen werde.

Inserate jeder Art werden für das Eisenbahn-, Post- und Dampfschiff-Courbuch 1867 aufgenommen...

Im Königreich Sachsen, einige Meilen von Dresden, sind drei unmittelbar an der Bahn liegende...

Unser Engros-Lager von [598] Granpen in allen Nummern, türkischen und ungarischen Pflaumen...

Von stehend gegossenen Gas- und Wasserleitungs-Röhren unterhalten wir stets ein vollständig assortirtes Lager...

Für Maschinenbau-Anstalten. Lehmann aller Art in Stücken bis 300 Ctr., ebenso Sand- und Kasse-Guss...

Königl. preuss. Osnabrücker 189. Landes-Lotterie. Ziehung 1. Klasse den 28. Januar.

Original-Loose zu den planmäß. Preisen. Ganze à 8 1/2 Thlr., alle Klassen 16 Thlr.

Königl. preuss. hannoversche Loose. Ziehung am 7. Januar. Kaufloose 3. Klasse 1/2 Thlr.

Herrmann Bloch in Stettin, Lotterie- und Bank-Geschäft. Für beide Lotterien empfehle ich meine neue Collection...

Herrmann Bloch in Stettin, Lotterie- und Bank-Geschäft. Für beide Lotterien empfehle ich meine neue Collection...

Ein Rittergut in Pommern, zwischen der Ost- und hinterpommerschen Bahn gelegen, 730 Morgen...

Borwerks- und Brauerei-Verkauf. Familienverhältnisse halber bin ich Willens mein Borwerk Kempa Krug im Kreise Fleichen...

DS. Würfelstohle à Lo. 24 Sgr., DS. Stückstohle à Lo. 27 Sgr.

Zur gefälligen Beachtung. Ich offerire hierdurch meinen als gut bereits anerkannten feuerfesten Thon...

Hausverkauf. Ein in gutem Bauzustande befindliches Haus in Hirschberg...

Haus- u. Geschäfts-Verkauf. In einer lebhaften, über 10,000 Einwohner zählenden Kreis- und Garnisonstadt...

Avis für Bier-Brauer. Ein sich in jeder Beziehung eignendes Grundstück zur Anlage einer bairischen Bierbrauerei...

Zugelaufen ist ein schwarzer Hünerhund, Abzuholen Funkenstraße Nr. 31...

Die Brauerei auf dem Dom. Närschütz, Kreis Steinau, wird vom 20. Februar d. J. ab verpachtet.

Ein gebildete kinderlose Familie, den besseren Ständen angehörend, sucht Pensionärinnen.

Ein gebildete kinderlose Familie, den besseren Ständen angehörend, sucht Pensionärinnen.

Ein gebildete kinderlose Familie, den besseren Ständen angehörend, sucht Pensionärinnen.

Ein gebildete kinderlose Familie, den besseren Ständen angehörend, sucht Pensionärinnen.

Ein gebildete kinderlose Familie, den besseren Ständen angehörend, sucht Pensionärinnen.

Ein gebildete kinderlose Familie, den besseren Ständen angehörend, sucht Pensionärinnen.

Ein gebildete kinderlose Familie, den besseren Ständen angehörend, sucht Pensionärinnen.

Ein gebildete kinderlose Familie, den besseren Ständen angehörend, sucht Pensionärinnen.

Ein gebildete kinderlose Familie, den besseren Ständen angehörend, sucht Pensionärinnen.

Ein gebildete kinderlose Familie, den besseren Ständen angehörend, sucht Pensionärinnen.

Ein gebildete kinderlose Familie, den besseren Ständen angehörend, sucht Pensionärinnen.

Ein gebildete kinderlose Familie, den besseren Ständen angehörend, sucht Pensionärinnen.

Ein gebildete kinderlose Familie, den besseren Ständen angehörend, sucht Pensionärinnen.

Ein gebildete kinderlose Familie, den besseren Ständen angehörend, sucht Pensionärinnen.

Ein gebildete kinderlose Familie, den besseren Ständen angehörend, sucht Pensionärinnen.

Ein gebildete kinderlose Familie, den besseren Ständen angehörend, sucht Pensionärinnen.

Ein gebildete kinderlose Familie, den besseren Ständen angehörend, sucht Pensionärinnen.

Ein gebildete kinderlose Familie, den besseren Ständen angehörend, sucht Pensionärinnen.

Ein gebildete kinderlose Familie, den besseren Ständen angehörend, sucht Pensionärinnen.

Ein gebildete kinderlose Familie, den besseren Ständen angehörend, sucht Pensionärinnen.

Ein gebildete kinderlose Familie, den besseren Ständen angehörend, sucht Pensionärinnen.

Ein gebildete kinderlose Familie, den besseren Ständen angehörend, sucht Pensionärinnen.

Ein gebildete kinderlose Familie, den besseren Ständen angehörend, sucht Pensionärinnen.

Ein gebildete kinderlose Familie, den besseren Ständen angehörend, sucht Pensionärinnen.

Ein gebildete kinderlose Familie, den besseren Ständen angehörend, sucht Pensionärinnen.

Ein gebildete kinderlose Familie, den besseren Ständen angehörend, sucht Pensionärinnen.

Rosenthal & Co., Ring Nr. 8, 7 Churfürsten.

Ein gebildetes Mädchen, welches weniger auf hohen Gehalt als auf humane Behandlung sieht...

Zur selbstständigen Leitung eines Expeditions-Geschäftes wird ein tüchtiger junger Mann...

Commis (Speceristen), welche tüchtige Detailisten sind und gute Empfehlungen nachweisen können...

In meinem Colonial-Waaren-Geschäft wird am 1. April d. J. die Stellung eines Commis vacant.

Ein Beamter! Der Deconomie, 31 Jahr alt, militärfrei, verheiratet...

Ein Deconomie-Inspector sucht wegen seiner Kenntnissen angemessenen Wirkungskreis...

Ein Deconomie-Inspector sucht wegen seiner Kenntnissen angemessenen Wirkungskreis...

Ein Deconomie-Inspector sucht wegen seiner Kenntnissen angemessenen Wirkungskreis...

Ein Deconomie-Inspector sucht wegen seiner Kenntnissen angemessenen Wirkungskreis...

Ein Deconomie-Inspector sucht wegen seiner Kenntnissen angemessenen Wirkungskreis...

Ein Deconomie-Inspector sucht wegen seiner Kenntnissen angemessenen Wirkungskreis...

Ein Deconomie-Inspector sucht wegen seiner Kenntnissen angemessenen Wirkungskreis...

Ein Deconomie-Inspector sucht wegen seiner Kenntnissen angemessenen Wirkungskreis...

Ein Deconomie-Inspector sucht wegen seiner Kenntnissen angemessenen Wirkungskreis...

Ein Deconomie-Inspector sucht wegen seiner Kenntnissen angemessenen Wirkungskreis...

Ein Deconomie-Inspector sucht wegen seiner Kenntnissen angemessenen Wirkungskreis...

Ein Deconomie-Inspector sucht wegen seiner Kenntnissen angemessenen Wirkungskreis...

Ein Deconomie-Inspector sucht wegen seiner Kenntnissen angemessenen Wirkungskreis...

Ein Deconomie-Inspector sucht wegen seiner Kenntnissen angemessenen Wirkungskreis...

Ein Deconomie-Inspector sucht wegen seiner Kenntnissen angemessenen Wirkungskreis...

Ein Deconomie-Inspector sucht wegen seiner Kenntnissen angemessenen Wirkungskreis...

Ein Deconomie-Inspector sucht wegen seiner Kenntnissen angemessenen Wirkungskreis...

Ein Deconomie-Inspector sucht wegen seiner Kenntnissen angemessenen Wirkungskreis...

Ein Deconomie-Inspector sucht wegen seiner Kenntnissen angemessenen Wirkungskreis...

Ein Deconomie-Inspector sucht wegen seiner Kenntnissen angemessenen Wirkungskreis...

Ein Deconomie-Inspector sucht wegen seiner Kenntnissen angemessenen Wirkungskreis...

Ein Deconomie-Inspector sucht wegen seiner Kenntnissen angemessenen Wirkungskreis...

Ein Deconomie-Inspector sucht wegen seiner Kenntnissen angemessenen Wirkungskreis...

Ring, Niemezzelle 22, 1. Etage zu einem Verkaufsalon, Bureau od. großem Comptoir...

Bücherplatz Nr. 10. Die Handlungs-Localitäten zum 1. April d. J. oder auch früher zu vermieten.

Kupferschmiedestr. Nr. 16. Sind 2 große trockene Remisen zu vermieten.

Antonienstraße Nr. 3. Ist per April die zweite Etage zu vermieten.

Gartenstraße Nr. 9 ist im Seitenbau links, par terre, eine Wohnung ab Oftern für 90 Thaler pro anno zu vermieten.

Carlsplatz Nr. 2, 1. Etage, sind verschiedene Localitäten, zu Geschäftslocalen und Comptoirs geeignet...

Eine freundl. Wohnung für einen Gärtner sich eign., ist bald zu verm., sowie zum 1. April zwei andere à 40 Thlr.

Neuscheckstraße Nr. 55, „Fauen-Gäß“, 2 Wohnungen à 170 Thlr. und 150 Thlr. zu vermieten.

Eine elegante, herrschaftl. Wohnung, enthaltend 7 große Zimmer, einen großen Salon, Cabinets, geräumige Küche...

Ritterplatz Nr. 7 ist eine Wohnung zu vermieten. Näheres beim Wirth daselbst.

Ring Nr. 24 ist ein Laden von Johannis d. J. ab zu vermieten. Näheres daselbst bei Herrmann und Steuer.

Friedrich-Wilhelmsstr. 74b ist die Hälfte der zweiten Etage zu Termin Oftern zu vermieten.

Große Arbeits-Säle mit einem hellen, 4fenstrigen Zeichensaal, sind zu vermieten.

Ring Nr. 24 in der ersten Etage ist ein großes Geschäfts-Local vom 1. April ab zu vermieten.

Niemezzelle Nr. 9 ist die 1. und 3. Etage zu vermieten.

Zu vermieten Büttnerstraße Nr. 30 die 1. Etage, eben zu Wohnung mit Comptoir oder Bureau.

Preise der Cerealien. Amtliche (Neumarkt) Notirungen. Breslau, den 11. Januar 1867.

Table with 4 columns: Cereal type, Quantity, Price per unit, and Remarks. Includes items like Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Erbsen.

Notirungen der von der Handelskammer ernannten Commission zur Feststellung der Marktpreise von Raps und Rüben.

Table with 4 columns: Commodity, Quantity, Price, and Remarks. Includes Raps, Rüben, Sommerfr., Winterfr., Dotter.

Amtliche Börsenotiz für loco Kartoffel-Spiritus pro 100 Quart bei 80% Tralles.

Table with 4 columns: Commodity, Quantity, Price, and Remarks. Includes Luftdr., Luftwärme, Taupunkt, Dunnsättigung, Wind, Wetter.

Post-Bericht. Eisenbahn-Verkehrszüge. Schneezüge sind mit * bezeichnet.

Freiburg, Baden, Schwednitz, Frankenstein: Abg. 6 U. Früh, 12 U. 30 M. Mitt., 5 U. 30 M. Abends.

Ober-Schlesien, Aralau, Warchau, Wien: Abg. 1* Morg. 6 U. 50 M. II. 11 U. Vorm. III. 2 U. 40 M. Nachm.

Berlin, Hamburg, Dresden: Abg. 7 U. 45 M. Früh, 2 U. 15 M. Mittags, 10 U. 45 M. Abends.

Wien, Stettin, Königsberg: Abg. 6 U. 50 M. Früh, 10 U. 45 M. Mittags, 7 U. 14 M. Abends.

Personen-Posten. Rumpfsch. Abg. 7 U. 30 M. Früh, 10 U. Abends.

Wien, Stettin, Königsberg: Abg. 6 U. 50 M. Früh, 10 U. 45 M. Mittags, 7 U. 14 M. Abends.

Breslauer Börse vom 11. Januar 1867. Amtliche Notirungen.

Large table with multiple columns showing exchange rates and prices for various commodities like Wechsel-Course, Pos. Pf. (neue), Schlos. Pfdr., etc.

Die Börsen-Commission. Derantw. Redacteur: Dr. Stein. Druck von Graf, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau